



Guido Grandt

BERLINER BRIEF

**Eine Publikation für die Förderer der
Deutschen Konservativen e.V.**

Gegründet von Ivan Denes (1928-2011)

Ausgabe Nr. 54/2024

September-Dezember 2024

Themen dieser Ausgabe

Einleitung	2
In Gedenken an Peter Helmes: Ein großer Verlust und ein mutiger Neuanfang	2
Nachklang (1) – US-Wahl: Der „Trumpismus“ siegte gegen den „links-liberalen Komplex“	3
Nachklang (2) – „Ampel-Aus“: und was die US-Wahl damit zu tun hat	5
Unfassbar: Politiker „versäum(t)en“ den Schutz für die eigenen Bürger im Kriegs- & Katastrophenfall	11
Die „Nazi“-Hintergründe der GRÜNEN“	14
Unvergessene Warnung (Zypern 2013): Das „EU-Experiment Sparer-Enteignung!“	17
Politische „Finanzmafia“ – „Legale“ Enteignung und „EZB-Kontrolle“	25
Linken-Idol: „Gotteshasser“ Karl Marx	28
„Geschlechts-Konstrukt“ – Sozialrevolutionäre Grundlagen der Frühsexualisierung	31
Verschwiegen: So „finanzierten“ drei US-Milliardäre die Klimawandel-Panik!	36
Verschwörung oder Fakt? Kampfbegriff „Lügenpresse“ (Teil 1)	40
„Corona-Politik“ gegen Minderjährige und mediale Diffamierung von „Ungeimpften“	44
Wie Deutschland durch die EU und den Euro „ausgenommen“ wird!	46

EINLEITUNG

Mit dem *54. Berliner Brief* halten Sie nun die erste komplett selbst von mir erstellte Ausgabe in der Hand. Dementsprechend stammen alle darin enthaltenen Artikel aus meiner Feder. Somit trete ich nun vollständig in die großen Fußstapfen meines leider am 14. August 2024 verstorbenen Kollegen Peter Helmes. Der liebe Mitbegründer *Der Deutschen Konservativen*, das „Urgestein“ des Bürgertums, war mir stets ein Vorbild und bleibt es weiterhin. So soll diese erste nachfolgende Ausgabe, auch ihm gewidmet sein.

Ich hoffe, dass ich durch die getroffene Auswahl von brisanten Themen und faktenbasierten Hintergrundanalysen Ihr Interesse wecken kann. Die Resonanz des *53. Berliner Briefs*, an dem ich neben Peter Helmes mitgewirkt habe, jedenfalls war außerordentlich groß, wofür ich mich ebenfalls im Namen von Murat Temeltas und Timo Berka bei Ihnen bedanken möchte. Gerne können Sie mir, können Sie uns, auch zu der vorliegenden Ausgabe Ihre Kritiken, Meinungen, Vorschläge und Wünsche schreiben.

Anmerken möchte ich noch, dass ich in den jeweiligen Artikeln die in den Zitaten vorkommenden Fremdwörter kurz erklärt und englische Begriffe, Bezeichnungen und Institutionen übersetzt habe. Dies geht zwar mitunter zu Lasten der „Lesefreundlichkeit“, dafür aber zu Gunsten des „Verständnisses“, was in diesem Sinne und meines Erachtens als Wichtiger anzusehen ist.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine brisante, spannende, informative und erhellende Lektüre!

Guido Grandt, im Dezember 2024

In Gedenken an Peter Helmes: Ein großer Verlust und ein mutiger Neuanfang

Von Murat Temeltas (51),
Bundesgeschäftsführer der „Deutschen Konservativen“

Der Tod unseres lieben Freundes Peter Helmes hat uns zutiefst erschüttert und hinterlässt eine große Lücke in unseren Herzen. Wir sind noch dabei, diesen Verlust zu verarbeiten. Im Alltag haben wir seine Aufgaben weitgehend übernommen; in unserer täglichen Arbeit bleibt er jedoch unersetzlich. Ja, Peter fehlt an allen Ecken und Enden – doch in unseren Herzen ist er lebendig und präsent, und das wird sich nicht ändern. Wir können nur dankbar sein, einem so großartigen Menschen begegnet zu sein.

Peter Helmes war nicht nur ein unermüdlicher Kämpfer für unser Deutschland und für konservative Werte. Er hat uns durch schwere Zeiten und Herausforderungen begleitet und dabei stets die Fackel des demokratischen, freiheitlichen und publizistischen Widerstands gegen politischen Totalitarismus hochgehalten.

Peter war einer der wenigen standhaften Steuermänner, die sicher und entschlossen den konservativen Kurs hielten – auch in der stürmischen See der links-liberalen und rot-grün

geprägten Politik. Trotz Zensur, Anfeindungen und heftigem Gegenwind gelang es ihm, unser Boot stets im Fahrwasser konservativer Werte zu halten, die ihm und uns so am Herzen lagen. Mit seinem Tod haben wir einen echten Patrioten verloren, der sein Leben unermüdlich dem Dienst an seinem Vaterland gewidmet hat.

Noch immer erreichen uns täglich liebevolle, einfühlsame und bewegende Briefe, die an diesen besonderen Mann erinnern. Briefe sind eine wunderbare Möglichkeit, Gefühle und Verbundenheit auszudrücken. Die Anteilnahme und Unterstützung unserer Freunde und Förderer war ein Lichtblick inmitten der Dunkelheit, die uns umgeben hatte. Jeder einzelne Brief hat für uns tatsächlich unschätzbaren Wert. Die tröstenden Worte und ermutigenden Zeilen haben uns in dieser schwierigen Zeit sehr geholfen. Es war eine wahre Hilfe in der Trauer, zu erfahren, dass wir nicht allein sind, sondern dass viele Menschen diesen Verlust mit uns teilen.

An dieser Stelle möchte ich allen, die uns geschrieben haben, einen großen, von Herzen kommenden Dank aussprechen. Vor allem danke ich für den ermutigenden Zuspruch, Peter Helmes' „Berliner Brief“ fortzuführen.

Der „Berliner Brief“, 2005 von Ivan Denes ins Leben gerufen und bis zu dessen Tod im Jahr 2011 geführt, wurde anschließend zum Herzensprojekt von Peter Helmes, der ihn sprichwörtlich als sein „Kind“ betrachtete. Über 13 Jahre hinweg veröffentlichte er diesen Nachrichtendienst regelmäßig und exklusiv für unsere Förderer, stets reich an Fakten.

Es freut mich sehr, dass wir Peters Nachrichtendienst „Berliner Brief“ weiterführen können – ermöglicht durch die großartige Unterstützung unserer Freunde und Förderer. Wir sind auch sehr glücklich, Guido Grandt als Nachfolger gewonnen zu haben. Wie Sie sich vorstellen können, gibt es in der heutigen Zeit nur wenige Journalisten, die nicht nur ein Thema ganzheitlich recherchieren, sondern auch den Mut haben, die Fakten auszusprechen. Es ist in Deutschland keine Kleinigkeit, kompetente, aufrechte Autoren zu finden, die sich öffentlich trauen, ihre Meinung und die Wahrheit zu schreiben.

Wir wünschen Guido Grandt, unserem neuen Chefredakteur der Berliner Briefe, ein gutes Händchen beim Fortführen dieses Nachrichtendienstes. Und unseren Lesern wünsche ich viel Freude beim Lesen. Für Ihre Unterstützung danke ich Ihnen von ganzem Herzen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine besinnliche Adventszeit, gesegnete Weihnachten und für das anstehende Jahr 2025 alles erdenklich Gute. *Ihr Murat Temeltas*

Nachklang (1) – US-Wahl: Der „Trumpismus“ siegte gegen den „links-liberalen Komplex“

Mit großer Spannung blickte die Welt auf den Ausgang der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 5. November 2024. **Ein bitterer Wertekampf, ein „Kulturkampf“**, wie es ihn so zuvor wohl noch nie gegeben hatte und der die USA nicht nur während, sondern auch und gerade *nach* den Wahlen zu zerreißen droht: vermeintliches rechtspopulistisches und nationalistisches „America First“ des republikanischen Kandidaten Donald Trump gegen linksradikalen Liberalismus unter der selbstbenannten Flagge von „Freiheit und Verantwortung“ der demokratischen Präsidentschaftsbewerberin Kamala Harris.

Alte Mythen und neue Werte?

Der USA-Experte und langjährige ARD-Hörfunk-Korrespondent Arthur Landwehr beschrieb in seinem Buch *Die zerrissenen Staaten von Amerika – Alte Mythen und neue Werte*, dass dabei Folgendes im Mittelpunkt stand und wohl auch noch weiterhin stehen wird, nämlich die „Abstiegsangst der Weißen und das zunehmende Selbstbewusstsein von Schwarzen und Hispanics, der Mythos vom Cowboy und der Einfluss der woken Intellektuellen (Stichwort Cancel Culture), das ausgrenzende Stammesverhalten und das ‚America first‘ im Landesinnern und die Verheißungen kultureller Offenheit in den liberalen Küstenstaaten“.

Ebenso die Träume von Unabhängigkeit und die emotionale Bindung zu Waffen, die die Amerikaner sozusagen in ihren Genen haben. **Und natürlich hat das alles auch sehr viel mit den Deutschen und mit den transatlantischen Beziehungen zu tun.**

Tiefe Verbindung der Deutschen mit den Amerikanern

Schon nach dem Wahlsieg Trumps im November 2016 betonte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass es weit über die USA hinaus Bedeutung hätte, *wen* das amerikanische Volk zu seinem Präsidenten wählen würde.

Merkel: „Für uns Deutsche gilt: **Mit keinem Land außerhalb der Europäischen Union haben wir eine tiefere Verbindung als mit den Vereinigten Staaten von Amerika (...)** Die Partnerschaft mit den USA ist und bleibt ein Grundstein der deutschen Außenpolitik, damit wir die großen Herausforderungen der heutigen Zeit bewältigen können“.

Merkels Worte gelten natürlich auch für 2025 und über die nächsten US-Präsidentschaftslegislaturperioden hinaus.

Die „US-Schicksalswahl“

Das *Deutsch-Amerikanische Institut Tübingen* erklärte die US-Präsidentschaftswahlen 2024 gleich gar zu einer „Schicksalswahl.“ Nicht nur für die USA, sondern für die Weltgemeinschaft. „Viel steht auf dem Spiel!“, hieß es da. „**Es geht um die Zukunft der NATO und der westlichen Sicherheitspolitik, die Rolle der USA in der Welt und die Rolle Europas sowie Deutschlands, potentielle Wendepunkte in der Nachhaltigkeits- und Wirtschaftspolitik und um die Auslegung und Grenzen von Persönlichkeitsrechten in den USA.** Und es geht um unsere demokratische Debattenkultur: Wie streiten wir über die großen Fragen unserer Zeit, und geht es auch konstruktiver?“

Julian Reichelt (ehemaliger Vorsitzender der Chefredaktionen und Chefredakteur Digital von BILD) der nun mitunter das Nachrichtenportal *NIUS* leitet, meinte kurz vor der Wahlentscheidung, dass in den USA ein „ultra-kreativer Mega-Milliarden-Wahlkampf um die Zukunft einer Supermacht“ geführt werde. Und: „**Ganz nebenbei entsteht auch noch eine vollkommen neue digitale Medienlandschaft, die sich elitärer Establishment-Kontrolle entzieht und längst zur Befreiungsbewegung geworden ist, indem sie die Herzensprojekte der woken Linken vorführt und zertrümmert.** In Amerika kämpft eine konservative Avantgarde gegen die anti-aufklärerische und marxistische Ideologie der Linken mit all ihrem Wahnsinn von Männern, die gegen Frauen beim Sport antreten (und sie verprügeln und verletzen), offenen Grenzen (...)

Die amerikanischen Konservativen, die Republikaner und Trumps Mega-Millionen, tragen den Klassenkampf von Links oben gegen Rechts unten zurück zum politischen Gegner.“

Trumps „alternative Politik“ siegte gegen „links-liberalen Komplex“

Relativ schnell fielen die Würfel bei der US-Präsidentenwahl am 5. November 2024, bei der Donald Trump beinahe erdrutschartig gewann. Und das trotz seiner zahlreichen Skandale und Affären. **Der designierte 47. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hatte mit seiner „alternativen Politik“ den links-liberalen und politisch-medialen Komplex erneut in die Schranken gewiesen.**

Und was nun? Nicht nur die halbe Welt, sondern auch Deutschland steht Kopf anhand der „unberechenbaren“ Zukunftsaussichten, die ein Donald Trump im mächtigsten Staatsamt der Welt bedeuten soll. Aber ist seine Politik wirklich so unvorhersehbar? Und was bedeutet sie vor allem für Europa und Deutschland?

Über all das und noch vieles mehr – *nämlich*, welche Anstrengungen unternommen wurden, um Trump zu stoppen, warum und weshalb er eigentlich von seinen Gegnern so gehasst und gefürchtet wird, welche Erfolge seiner Politik verschwiegen werden und wie es mit seinen zahlreichen Skandalen wirklich aussieht – zeige ich in meiner hochbrisanten und aktuellen Broschüre „DONALD TRUMP – LICHT oder SCHATTEN“? auf. Ebenso alle wichtigen Hintergrundinformationen über seine Konkurrentin Kamala Harris und die Kritik gegenüber ihr, die vom Medienkartell weitgehend unter den Teppich gekehrt wurde. **Insbesondere aber widme ich mich der deutschen Einmischung in den US-Wahlkampf, der bis heute anhaltenden medialen und politischen Diffamierung Trumps und welche Politik von ihm zukünftig zu erwarten sein wird.** (Diese Broschüre erscheint in Kürze.)

All das betrifft unmittelbar jeden einzelnen Deutschen. **Letztlich scheiterte die hiesige Ampelkoalition nicht zuletzt am Abend der US-Präsidentenwahl auch und gerade wegen Trumps Triumph**, wie ich nachfolgend aufzeigen werde. Denn dieser Erfolg des „Trumpismus“, der dem herkömmlichen Narrativ nach „eine populistische politische Methode“ bezeichnet, die „auf komplexe politische, wirtschaftliche und soziale Probleme einfache Antworten suggeriert“, stellte zugleich **ein Misstrauensvotum der Allgemeinheit gegen die Eliten und Institutionen** dar. Ganz ähnlich wie hierzulande. Schließlich haben auch in Deutschland immer mehr Bürger den Rand gestrichen voll von der bevormundenden rot-grünen Politik und dem selbstgerechten weltverbesserischen Echokammer-Missionsjournalismus, der nur noch in seiner eigenen Blase wirkt.

Nachklang (2) – „Ampel-Aus“: und was die US-Wahl damit zu tun hat

„Ampel-Scherbenhaufen“ und ein „abgewracktes Deutschland“

Die Ampel ist tot! Gestorben auf dem politischen Altar links-rot-grüner und auch gelb-liberaler Ideologie, beweihräuchert von ökosozialistischen, woken, Gender- und Klimawandel-Priestern, die Deutschland wahrlich an den Rand des Abgrunds geführt haben.

Die Selbstdarsteller von SPD, FDP und den GRÜNEN, mit schwacher Führung und noch schwächeren Ergebnissen, haben es in drei Jahren geschafft, eine der größten Krisen seit Bestand der Bundesrepublik Deutschland auszulösen.

Aber nicht nur die Ampel „hat fertig“ – nach einer Umfrage waren lediglich 14 Prozent der Deutschen mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden – sondern auch das gesamte Land, das geradezu in Schutt und Asche liegt. Zumindest was die desaströse wirtschaftliche Situation anbelangt, ganz zu schweigen vom außenpolitischen „Kriegszündeln“ gegen Russland und jüngst auch durch GRÜNEN-Baerbocks Drohkulisse gegen China.

„Trümmerhaufen“ BRD

Zur Erinnerung: Anfang November 2024 senkte der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Wachstumsprognose für Deutschland um weitere 0,2 Prozentpunkte ab. Im kürzlich vorgestellten Jahresbericht geht der IWF von einem Nullwachstum der deutschen Volkswirtschaft aus. Das bedeutet das schwächste Wachstum aller führenden westlichen G7-Industriestaaten! **Kein Wunder bei der zunehmenden Deindustrialisierung, nicht zuletzt durch die „grüne Energiewende“.**

Auch sozialpolitisch bleibt die Republik ein Trümmerhaufen: Die Zahl der Armutsgefährdeten in Deutschland stieg 2023 auf 17,7 Millionen Menschen; das sind sage und schreibe 21,2 Prozent der Bevölkerung! Und das wohlgermerkt unter eine roten, sozialdemokratisch geführten Regierung, mit viel grünem Salat und wenig gelbgefärbter Beilage. **Deutschland ist zum „kranken Mann“ Europas verkommen und befindet sich in schwerer politischer Schieflage.** Das sind die Fakten.

„Trump-Schock“ und die Auswirkungen auf die deutsche Politik

Nach dem unerwarteten und vor allem „unerwünschten“ Sieg Donald Trumps verfiel Deutschland geradezu in einen Schockzustand. Der „Noch“-GRÜNEN-Bundeswirtschaftsminister und Vize-Kanzler Robert Habeck und Kanzlerkandidat seiner Partei für die vorgezogene Neuwahl im Februar 2025, schien schon kurz nach Bekanntwerden des Ergebnisses der US-Wahl **die Katastrophe zu erahnen. Denn eine solche hatte sich längst über Berlin zusammengebraut und sollte sich gleich darauf entladen.** So warnte er die Ampel indirekt vor einem Scheitern. Es sei nun Zeit für Staatsverantwortung. „In dieser Situation muss Deutschland voll handlungsfähig sein“, erklärte Habeck am 6. November 2024. Zudem machte er klar: „Die Konsequenz dieses Wahlausgangs in den USA kann ja nur sein, dass Deutschland in Europa nicht ausfallen kann. Und ich glaube, mit der gleichen Klarheit und Ernsthaftigkeit werden die Gespräche jetzt geführt.“

Tatsächlich verhandelten GRÜNEN-Habeck, „Noch“-SPD-Kanzler Scholz und der damals sich noch im Amt befindende FDP-Finanzminister Christian Lindner über den Kurs in der Wirtschaftspolitik sowie den Bundeshaushalt 2025. Dabei galt schon in diesen Tagen und Stunden ein Bruch der Ampel für nicht ausgeschlossen.

CSU-Chef Markus Söder indes forderte wegen des Siegs von Trump Neuwahlen in Deutschland. **Denn einen „gestärkten Donald Trump wird eine schwache und zerstrittene Bundesregierung wenig beeindrucken“**, verkündete er.

„Schwarzes Loch“ Ukraine

Allen war klar, dass durch Trumps Erfolg die Unterstützung der USA für die Ukraine schwinden würde **und die Europäer mehr in die Pflicht genommen werden würden. Insbesondere Deutschland.** Schließlich hatte die Bundesregierung immer und immer wieder betont, fest an der Seite von Kiew zu stehen und deshalb konnte und kann sie sich nicht die

Blöße geben, die Zahlungen und anderen Hilfen an die Ukraine zu minimieren oder gar einzustellen.

Aber im laufenden Haushalt war und ist kein Geld mehr für die Unterstützung der Ukraine vorhanden. **Und genau das war mit ein Grund – wenn nicht gar der auslösende – dass noch am selben Abend der US-Präsidentschaftswahl die Ampel, die am 8. Dezember 2021 großspurig als „Fortschrittskoalition“ angetreten war, wie eine Seifenblase platzte!**

„Schlammschlacht“ auf offener Bühne

Während sozusagen noch Trumps Siegerbilder über die Mattscheiben in den bundesdeutschen Haushalten flimmerten, gab Olaf Scholz um 21.22 Uhr völlig überraschend in einer Presse-Erklärung bekannt, Bundesfinanzminister Christian Lindner soeben entlassen zu haben.

Er sehe sich „zu diesem Schritt gezwungen, **um Schaden von unserem Land abzuwenden**“. Lindner habe allzu oft Gesetze aus sachfremden Gründen blockiert, „kleinkariert parteipolitisch taktiert“ und Vertrauen gebrochen, sei nicht „seriös“, um sich in die Büsche zu schlagen, die eigene Klientel zu befriedigen. Lindner habe eine andere Politik gewollt, die „nicht anständig, nicht gerecht gewesen“ sei und Sicherheit und Soziales habe gegen einander ausspielen wollen.

Das Nachrichtenportal NIUS beschrieb Scholz als „**wütendes Rumpelstilzchen**.“ Tatsächlich verlor dieser bei seiner Abrechnung mit Lindner kein Wort über das umfassende Versagen seiner Ampel-Regierung in allen Bereichen.

Als neutraler Beobachter kann man den Gelb-Liberalen jedoch vorwerfen, dass sie ihre eigene Wählerschaft verraten haben, weil sie die Koalition der ökosozialistischen und linksgrünen Zerstörer so lange unterstützten. Das wiegt wahrlich schwer.

Kurz nach Scholz‘ öffentlicher Diffamierung seines einstigen Finanzministers rechnete auch Lindner mit dem Kanzler ab: „Er hat die **wirtschaftlichen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger lange verharmlost**. Seine Gegenvorschläge sind matt, unambitioniert und leisten keinen Beitrag, um die grundlegende Wachstumsschwäche unseres Landes zu überwinden, damit wir unseren Wohlstand, unsere soziale Sicherung und unsere ökologische Verantwortung erhalten können. **Olaf Scholz hat leider gezeigt, dass er nicht die Kraft hat, unserem Land einen neuen Aufbruch zu ermöglichen.**“

„Mit dem Rücken zur Wand“

Letztlich aber hatte Christian Lindner seinem Regierungschef nahegelegt, Bundespräsident Steinmeier, um vorgezogene Wahlen im Jahr 2025 zu bitten. Ferner hatte er Vorschläge für eine Wirtschaftswende unterbreitet, um das Land wieder auf Erfolgskurs zu bringen, ganz nach dem Motto: Weg mit dem Lieferkettengesetz, weg mit dem Tariftreuegesetz, weg mit Asyl-Leistungen, runter mit den Steuern und weniger Klima-Ziele. Zudem weniger Bürokratie, eine pragmatische Klima- und Energiepolitik, mehr Kontrolle bei der Migration, Stärkung von Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Innovationsfreude. Ziele, hinter denen auch die Wirtschaft stand.

Der Kanzler hingegen forderte von seinem Finanzminister, aufgrund des Ukraine-Kriegs eine Haushaltsnotlage auszurufen, die durch die Aussetzung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zur Aufnahme zusätzlicher Schulden berechtigen würde.

Die Schuldenregel in Paragraf 115 des Grundgesetzes besagt nämlich, dass der Staat im Regelfall nicht viel mehr Geld ausgeben darf, als er einnimmt. Je nach Wirtschaftslage ist nur eine begrenzte Neuverschuldung erlaubt.

Linder berief sich darauf, dass er mit der Aussetzung der Schuldenbremse seinen Amtseid verletzen würde. Ebenso lehnte er die Ausnahmeregel ab, die es dem Bundestag mit einfacher Mehrheit erlauben würde, die Schuldenbremse in „außergewöhnlichen Notsituationen“ auszusetzen. **Denn ein Krieg, der bereits zwei Jahre dauerte, sei keine „außergewöhnliche“ Notlage.** Daraufhin machte ihm der Kanzler deutlich, dass wenn er keine Haushaltsnotlage ausrufen würde, er entlassen werde. Lindner blieb eisern, so dass Scholz die Zusammenarbeit mit ihm und der FDP aufkündigte. Was folgte waren weiteren Entlassungen, nämlich von FDP-Justizminister Marco Buschmann und FDP-Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger. Volker Wissing hingegen verließ die liberale Partei, um auf dem Posten des Verkehrsministers bleiben zu können und um zudem noch bis zu Neuwahlen als Justizminister zu agieren.

Neuer Finanzminister wurde der Scholz-Vertraute, Kanzlerberater und frühere Co-CEO von Goldman Sachs Deutschland und Österreich, Jörg Kukies; GRÜNEN-Landwirtschaftsminister Cem Özdemir übernahm zusätzlich das Bildungsministerium.

Der „D-Day-Skandal“

Doch das war noch nicht das Ende der Politik-Scharade. Als Scholz nämlich mit einer abgelesenen Rede die Ampel beendete, sprach die FDP von Inszenierung. Doch wenig später stellte sich heraus, dass die Liberalen das „Ampel-Aus“ wohl schon über Wochen hinweg gezielt geplant hatten. **Das zeigte ein internes Dokument mit dem Titel „D-Day“ Ablaufszenarien und Maßnahmen.** Darin spielte die FDP den idealen Zeitpunkt des Ausstiegs sowie diesbezügliche Medienstrategien durch. Argumentiert wurde mit einer „notwendigen Richtungsentscheidung, aufgrund „fundamentalen Gegensätze zwischen Rot-Grün und FDP.“ **Die Bundesregierung sei selbst „zum größten Standortrisiko“ geworden.** Der Stillstand sei nur durch Neuwahlen zu lösen.

Die Frage blieb und bleibt natürlich, **weshalb eine an der Regierung beteiligte Partei erst nach drei Jahren das gesamte Desaster, das sie mitangerichtet hat, bemerkt und dann ihr Heil in der Flucht suchte?** All das macht die Liberalen nicht gerade glaubwürdig, **stärkt aber die Position von uns Konservativen, die stets das Ampel-Desaster thematisiert haben!**

Erstes Opfer der „D-Day-Skandals“ jedenfalls wurde FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, der am 29.11.2024 von seinem Amt zurücktrat.

„Ampel-Aus“ wegen Trump und Ukraine-Hilfsgelder

Doch all das änderte nichts an dem eigentlichen „wahren“ Grund für die Regierungskrise, die nur angedeutet, oder in den Zeitungsartikeln und TV-Berichterstattungen „versteckt“ wurde. **Zeit also, die vertuschte Wahrheit über das „Ampel-Aus“ zu offenbaren, die sehr viel mit den US-Präsidentenwahlen zu tun hat.**

Das Wesentliche der Regierungskrise war und ist folgendes: **Das Geld für die Ukraine und andere Investitionen fehlte und fehlt im laufenden Bundeshaushalt noch immer.** Das gab Scholz selbst am 7. November 2024 in einer Erklärung bekannt, indem er erklärte: **Deutschland habe bislang fast 30 Milliarden Euro für die Ukraine und jährlich 12 Milliarden für die ukrainischen Flüchtlinge dazu bezahlt.** „Das ist sehr viel Geld. Es gibt Bundesländer, die

haben einen geringeren Haushalt. Es gibt sehr viele Ministerien in Deutschland, die haben einen kleineren Haushalt. Und wenn man denkt, das Geld kann man einfach mal so ausschwitzen, dann zündet man das Land an.“ Und: „Das heißt dann, dass man Entscheidungen treffen muss, dass wir Straßen nicht ausbauen, dass Schulen nicht weiter entwickelt werden, dass wir für die Forschung nicht investieren, dass wir nichts tun können für Wirtschaft und Arbeitsplätze. All die Dinge, die herausfordernd sind, weil wir sagen, wir wollen das jetzt auf Kosten von Entscheidungen in diesem Land machen. Und die Vorschläge wie das gehen soll, sind dann ja auch: **Bei der Rente kürzen**, irgendwie bei bestimmten sozialen Sicherungssystemen, bei Gesundheit und Pflege zuzugreifen, um zu sagen, da holen wir was raus, damit wir das tun können, was unsere Pflicht ist, nämlich Unterstützung zu leisten.“

Scholz weiter: „Von den Ländern, die die Ukraine unterstützen, gibt es kaum eines, die diesen Weg gehen, das alles aus dem laufenden Haushalt finanzieren zu wollen. Und ich sage, Deutschland hat das zwar bisher so gemacht, **aber weil wir alles ausgekratzt haben, was man irgendwo finden konnte in den Ecken unseres Haushaltes**. Nur irgendwann ist der Punkt erreicht und die Entscheidung lautet: **Entweder wir spielen innere Sicherheit, äußere Sicherheit, soziale Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit gegeneinander aus und sorgen dafür, dass der soziale Zusammenhalt und das Miteinander in Deutschland nicht mehr funktioniert**. Oder wir sagen, das ist eine große, zeitlich vorübergehende Herausforderung, vor der wir stehen, wo aber klar ist, das müssen wir außerhalb des normalen Haushalts finanzieren. **Das können wir nicht auf Kosten von Zukunft und Zusammenhalt in Deutschland tun!** Das ist mein Standpunkt!“

In diesem Zusammenhang verriet Christian Lindner ebenfalls in einer TV-Erklärung noch am selben Tag, dass er nicht mehr Geld an die Ukraine vergeben, sondern stattdessen mit jenen Waffen ausstatten wollte, die das Land brauchen würde. Insbesondere mit dem Waffensystem Taurus. Doch dazu hätte es von Seiten des Kanzlers „keine Bereitschaft“ gegeben. Es wäre nur darum gegangen, zusätzliche 15 Milliarden Euro Schulden zu machen, um vor den notwendigen Entscheidungen zu fliehen.

Zusammengefasst: **Lindner wurde aus er Regierung rausgeworfen – und damit platzte die Ampel – weil er weitere Milliardenhilfen an die Ukraine verweigerte**, denn diese konnten aus dem laufenden Bundeshaushalt nicht mehr locker gemacht werden. Und die Schuldenbremse wollte er aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht anfassen. Um das Geld dennoch aufzutreiben, wurden wohl auch Kürzungen bei den sozialen Sicherungssystemen, bei Gesundheit und Pflege und sogar bei der Rente thematisiert.

„Komme was da wolle!“ – Bedingungslose Unterstützung der Ukraine

So weit geht also der unbedingte politische Wille, die Ukraine unter allen Umständen weiter zu finanzieren! Und das zu Lasten der eigenen Bevölkerung und damit des inneren sozialen Zusammenhalts. Das gab die GRÜNEN-Bundesaußenministerin Annalena Baerbock ebenso zu, indem sie betonte, bei der Hilfe für die Ukraine nicht nachlassen zu wollen. Auch SPD-Chefin Saskia Esken begründete die Notwendigkeit neuer Schulden vor allem mit dem Ukraine-Krieg.

CDU-Politiker Roderich Kiesewetter ging sogar noch einen Schritt weiter, meinte, **dass die Bürger darauf „eingeschworen werden müssten“**, immer mehr Steuergeld an die Ukraine abzutreten. Konkret: „(...) wir müssen uns auch deutlich machen, dass wir die Unterstützung der Ukraine nicht aus der Westentasche finanzieren können. **Wir müssen unsere Bevölkerung auf erhebliche Entwicklungen einschwören**, weil die Schwäche der Ukraine natürlich genutzt werden kann, mehr Druck auf die Bevölkerung auszuüben, und wir können jetzt nicht

Massenflucht aus der Ukraine brauchen, sondern müssen der Ukraine eine positive Perspektive geben, in der EU künftig. Aber auch Aussicht, eine NATO-Mitgliedschaft zu erzielen, sodass die Bevölkerung weiß, es lohnt sich, in der Ukraine zu bleiben und weiterzukämpfen. Deswegen müssen wir Mittel frei machen, durch Umpriorisierung und durch, das, was der Kanzler versäumt hat, eine europäische Gemeinschaft, die in der Lage ist, sich Sicherheit für die Ukraine zu organisieren. Das ist das Wesentliche jetzt“.

Also: Lassen Sie sich kein X für ein U vormachen – letztlich ist der Streit um weitere Milliarden-Hilfen für die Ukraine der eigentliche Auslöser des „Ampel-Aus“.

Zu den tatsächlichen Kosten des Ukraine-Krieges und den angeblich „pazifistischen“ GRÜNEN und den scheinbaren „friedliebenden“ SPD-Genossen, die in Wahrheit durch immer neue Waffenlieferungen und diplomatische Inkompetenz einen kommenden militärischen Konflikt zwischen der NATO und Russland vorbereiten, in dessen Fokus Deutschland stehen wird, **hat mein Bruder Michael Grandt eine aktuelle und brisante Broschüre geschrieben: „Schlachtfeld Deutschland – Wie die Regierung unser Land in den Krieg führt – Die Chronik des Verschwiegenen“.** (Kostenlos erhältlich: Die Deutschen Konservativen)

Bittere Vorausschau zur Bundestagswahl 2025

Nach dem vorzeitigen Aus der Ampel-Koalition soll am 23. Februar 2025 ein neuer Bundestag gewählt werden. Ursprünglich und turnusmäßig war der Termin auf den 28. September 2025 festgelegt worden.

Sozusagen „unter der Hand“ gehandelt wird nach den Wahlen bereits eine Große Koalition, angeführt von Unionschef Friedrich Merz. **Damit könnte die inzwischen in großen Teilen ebenfalls auf „links gedrehte“ CDU/CSU und die ohnehin ökosozialistische SPD regieren. Aber auch mit den GRÜNEN wird inoffiziell geliebäugelt, um sich die nötigen Mehrheiten zu beschaffen.** Dabei beweisen die Granden der Altparteien schon jetzt nicht unbedingt eine staatspolitische Verantwortung in dieser Krise. **Denn jegliche Gespräche mit der nach jüngsten Umfragen zweitstärksten Partei im Bundestag, nämlich der AfD, werden nach wie vor rigoros ausgeschlossen.** Und das, obwohl das Land mit dem Rücken zur Wand steht.

Bei einer Großen Koalition hingegen könnte auch die Schuldenbremse gelockert werden, um der Ukraine weitere Finanzhilfen zu ermöglichen. Letztlich, aber bleibt die Frage: **Wo soll das Geld herkommen?** Darum dürfte sich der kommende Wahlkampf drehen. **Und natürlich um die „Friedensfrage“,** will Merz doch so schnell wie möglich die Taurus-Marschflugkörper nach Kiew schicken, **damit die Ukraine militärische Schläge tief im Landesinneren Russlands durchführen kann. Eine „rote Linie“, die Moskau wohl kaum akzeptieren wird.** Das weiß „Noch“-Kanzler Scholz natürlich und lehnt deshalb die deutsche Taurus-Lieferung in die Ukraine rigoros ab.

Wie auch immer: Die schweren Zeiten werden zukünftig gewiss nicht einfacher werden. **Deshalb ist es noch wichtiger, die konservativen Kräfte in Deutschland zu stärken. Und das, ohne Wenn und Aber!**

Die liberale und linke Politik hat komplett versagt und wird es weiterhin tun, ganz gleich, ob die betreffenden Parteien mit der CDU koalieren. Deren Handschriften bei jeglichen Entscheidungen werden nach wie vor die desaströsen Makel dieser Republik sein. **Wir können uns wahrlich keine weitere Regierung leisten, an der sich Linke und Ökosozialisten erneut beteiligen.** Und damit gerade jene, die unser Land erst abgewirtschaftet, also „abgewrackt“ haben!

Unfassbar: Politiker „versäum(t)en“ den Schutz für die eigenen Bürger im Kriegs- & Katastrophenfall!

Der Krieg in der Ukraine führt der deutschen Öffentlichkeit schlagartig vor Augen, wie wichtig der Eigenschutz vor militärischen Angriffen ist. Zwangsläufig stellt sich daher die Frage, wie gut wir eigentlich auf einen solchen Kriegsfall vorbereitet sind. Die Antwort darauf ist erschreckend: Deutschland ist buchstäblich „katastrophal“ auf den Katastrophenfall ausgerichtet!

Mit der desaströsen feministischen Außenpolitik tut die bislang noch amtierende Bundesregierung wahrlich alles, **um doch Kriegspartei im Ukraine-Konflikt zu werden.** Die Äußerungen der Noch-GRÜNEN-Außenministerin Annalena Baerbock in der Welt, zuletzt ihre Drohung mit Konsequenzen gegen China aufgrund der Unterstützung Russlands im Ukraine-Krieg, zeigt das ganze Dilemma auf. **Ebenso ihre Bereitschaft im Fall eines Waffenstillstandes zwischen Kiew und Moskau deutsche Soldaten als „Friedenstruppen“ vor Ort zu schicken! „Wir machen den Schritt von der indirekten Kriegsbeteiligung zur direkten Kriegsbeteiligung“**

General a.D. Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, warnte vor Kurzem eindringlich davor, dass Deutschland auch mit der Lieferung von Marschflugkörpern Taurus **in einen direkten Krieg mit Russland eintreten würde.** Denn die Ukrainer könnten Taurus nicht einsetzen, weil **Planung, Vorbereitung und Durchführung des Einsatzes Deutsche in die Hand nehmen müssten.** Kujat: „Das heißt, wir machen den Schritt von der **indirekten Kriegsbeteiligung zur direkten Kriegsbeteiligung. Wer das nicht versteht, der hat es nicht verdient, irgendein politisches Amt auszuüben**“. Der hochrangige Militär stellte weiter fest, er verstehe nicht, dass eine Mehrheit im Bundestag möglicherweise dafür stimmen könnte, **„dass Deutschland sich dem Risiko der Vernichtung aussetzt“.** In der Tat trifft Kujat damit den Nagel auf den Kopf. Und er ist einer, der es wissen muss!

Aber was, wenn? Was, wenn Deutschland durch Fahrlässigkeit oder absoluter Bündnistreue doch die Büchse der Pandora öffnet? Was wäre, wenn es wirklich zum Supergau kommen und Deutschland von Russland angegriffen werden würde? Wie sicher sind die hiesigen Bürger? Wie also sieht es mit dem Katastrophenschutz, den Frühwarnsystemen und den Bunkeranlagen hierzulande tatsächlich aus?

Die bittere Wahrheit über den scheinbaren „Schutz“ der Bundesbürger

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die Deutschen die Risiken und Gefahren einer militärischen Auseinandersetzung mit einem feindlichen Staat verdrängt. Erst jetzt, im Zuge des Ukraine-Konflikts, wachen sie auf. **Fatal: In der Vergangenheit haben politische Verantwortliche alles dafür getan, dass der Katastrophenschutz in einem solchen Ernstfall im weitesten Sinne „abgeschafft“, sprich „abgewrackt“ wurde.** Das ist eine traurige und bittere Wahrheit, die jedem bewusst sein muss!

Längst schon wurden die alten Zivilschutzanlagen aus dem Kalten Krieg eliminiert. Konkret: Die rund 2.000 Bunker (öffentliche Schutzräume), die es in jener Zeit allein in Westdeutschland gab, **wurden fast alle abgebaut.** Dafür sorgte 2007 der damalige CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble, um jährlich zwei Millionen Euro einzusparen. Im März 2022 berichtet die *Berliner Zeitung*, dass dementsprechend **aktuell kein einziger öffentlicher Schutzraum mehr zur Verfügung stehen würde.** Dennoch ließ das zuständige

Bundesinnenministerium verlauten, dass rund 600 Bunker im Notfall „reaktivierbar“ wären. Damit meinte die Behörde aber auch U-Bahn-Stationen, Tiefgaragen und Kellerräume. In diesen öffentlichen Schutzräumen würden jedoch lediglich etwa **480.000 Menschen** unterkommen. **Demnach würde nicht einmal jeder 160ste (!) eine sichere Zuflucht finden. Die restlichen 84 Millionen Bürger, wären den Raketenangriffen mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert.** Das ist gelinde ausgedrückt ein Desaster! **So viel also ist der Regierung der Schutz der eigenen Bevölkerung wert!**

Ralph Tiesler, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, wies allerdings darauf hin, dass es auch früher „**nie mehr Schutzräume als für drei Prozent der Bevölkerung**“ gegeben habe. Soll das etwa ein Trost sein?

Anfang Dezember 2024 räumte Bundesinnenministerin Nancy Faeser doch tatsächlich ein, dass „kurzfristig **nicht genügend Schutzplätze für die Bevölkerung im Fall von einem russischen Angriff geschaffen**“ werden könnten. Und das, während im russischen Fernsehen Kreml-Getreue immer wieder Atom-Schläge gegen den Westen diskutierten.

Faesers blamabler und gefährlicher „Schutz-Plan“, der seinen Namen nicht wert ist, sieht für den Ernstfall so aus: „Zuerst geht es um gut erreichbare Zufluchtsorte wie Tiefgaragen, U-Bahn-Stationen oder Keller von öffentlichen Gebäuden, die über Navigations- und Warn-Apps schnell zu finden sein müssen“. Außerdem, so die Ministerin „geben wir Hinweise, wie man mit einfachen Mitteln auch eigene Keller schützen kann“. Wahrlich alles andere als beruhigend!

Wie vorbildlich Finnland und die Schweiz ihre Bürger schützen

In Finnland, mit 5,5 Millionen Einwohnern, existieren **50.500 Bunker, die fünf Millionen Menschen Schutz** bieten. Allein in den Bunkeranlagen in der Hauptstadt Helsinki gibt es Platz für 900.000 Menschen – und damit mehr, als die Stadt Einwohner hat.

Hinsichtlich des deutschen Desasters lohnt auch ein Blick in die kleine Schweiz, die sich bei einem großen Konflikt mitten im Zentrum militärischer Auseinandersetzungen – eventuell sogar mit Nuklearwaffen ausgetragen – stehen würde. Dort sind für eine **Bevölkerung von 8,6 Millionen Menschen eine riesige Reihe von Atombunkern mit genügend Platz für jeden Einzelnen vorhanden, die fast 9 Millionen Menschen ernähren könnten.** Und zudem mit allem ausgestattet sind, was man braucht, um den Dritten Weltkrieg und einen nuklearen Angriff zu überleben. Diese Bunker gibt es überall, die jeweiligen Unterstände wurden größtenteils während des Kalten Krieges gebaut, innerhalb und unter Bauwerken errichtet – in den Jahrzehnten seitdem für alles Mögliche genutzt, von der Lagerung bis hin zu Weinkellern. Sie wurden parallel zur Popularisierung des Satzes „Neutralität ist keine Garantie gegen Radioaktivität“ gebaut. Zudem wurde die Schweizer Bevölkerung darauf vorbereitet, genau zu wissen, was zu tun ist, falls es doch zum Dritten Weltkrieg kommt.

Nicola Squillaci, Leiterin der Genfer Zivilschutz- und Militärabteilung, erklärte zu den Bunkeranlagen, dass diese wie eine Kapsel seien, mit Luftschleusen an Notausgängen und Hauptausgängen. Sollte das Gebäude einstürzen, bliebe der Schutzraum intakt.

„Deutsche Katastrophe“ im „Katastrophenfall“

Das, was die Schweizer und auch die finnische Regierung für ihre Bürger an Sicherheitsmaßnahmen geschaffen haben, liegt fernab dem, was die hiesige Bundesregierung für uns tut. **Denn gleichermaßen katastrophal sieht es mit der medizinischen Notfallstruktur aus!** Während es im Kalten Krieg in Westdeutschland eine Reserve von 221 Hilfskrankenhäuser gab, die im Ernstfall 80.000 Betten in Schulen und Bunkern zur Verfügung stellen konnten, ist heute nichts mehr übriggeblieben. **Diese Reserve wurde bereits 1997 abgeschafft.** Selbst mit dem Warnsystem sieht es hierzulande zappenduster aus. **Von den einst 80.000 Frühwarnsirenen in Westdeutschland existieren nur noch 7.500.** Und das im gesamten Bundesgebiet! In vielen Städten gibt es aktuell keine einzige dieser Alarmsysteme. Nicht einmal in der Bundeshauptstadt Berlin. Vielmehr wird auf Warn-Apps gesetzt. Doch die verheerende Flutkatastrophe im Jahr 2021 im Ahrtal zeigte, dass Anwohner in den Hochwassergebieten entweder gar nicht oder zu spät gewarnt wurden. **Zudem haben nur 9 Millionen Menschen eine solche App auf ihrem Handy installiert. Als Ersatz für Warnsirenen taugen sie also nichts.**

Doch das ist noch längst nicht das Ende der Fahnenstange der Hiobsbotschaften! **Ebenso desolat ist die kritische Infrastruktur.** Käme es hierzulande zu einem längerfristigen Blackout, würde es nicht nur an Treibstoff, sondern insbesondere an Notstrom-Aggregaten mangeln. **Damit wäre das Land praktisch lahmgelegt.** Oder wie böse Zungen behaupten, wieder ins Mittelalter zurückkatapultiert!

Mangel an Nahrungsnotreserven und ungenügende Wasserversorgung

Zu guter Letzt **mangelt es auch an den Nahrungsnotreserven des Bundes,** die an 150 geheimen Standorten deponiert sind. Der Vorrat an Weizen, Roggen, Hafer, Reis, Erbsen, Linsen und Kondensmilch würde nur **wenige Tage bis hin zu mehreren Wochen** reichen. Dieses bittere Eingeständnis stammt von der zuständigen Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

Noch verheerender sieht es mit der Wasserversorgung aus. Die rund 5.200 Notbrunnen sind bislang so gut wie nie im Einsatz gewesen. Deshalb warnte Hans-Walter Borries, Vize-Vorsitzender vom Bundesverband für den Schutz Kritischer Infrastrukturen: **„Flächendeckend könnten nicht alle Bundesbürger mit Wasser versorgt werden, vor allem im Sommer.“**

Hoffentlich kommt der Schutz der Bürger nicht zu spät

Erst jetzt will Faeser vor allem in Warninfrastruktur, Notstromaggregate, Notbrunnen, mobile Unterkünfte zur vorübergehenden Unterbringung und Versorgung von Menschen, in die Abwehrfähigkeit von IT-Attacken und den baulichen Schutz kritischer Infrastrukturen investieren.

Doch der eigentliche Hammer kommt erst noch: Auf die Frage hin, bis wann ihr Konzept zum Bevölkerungsschutz fertig sei, beichtete Faeser, dass es dafür **keinen Zeitpunkt** gebe: „Wir arbeiten daran. Aber wir können Versäumnisse von Jahrzehnten nicht innerhalb weniger Jahre aufholen.“

Fazit: Im Kriegsfall wäre Deutschland genauso schlecht dran wie ein Entwicklungsland! Mangelnde Bunkeranlagen und medizinische Notfallstruktur, desolates kritische Infrastruktur, Mangel an Nahrungsnotreserven und Wasserversorgung – dafür trägt der Deutsche auch noch die höchste Steuerlast der Welt! Das ist nicht nur eine Schande,

sondern eine sprichwörtliche Katastrophe! Und trotz dieser immensen Risiken für die Bürger wird hierzulande weiter politisch gegen Russland (und China) gehetzt.

Die „Nazi“-Hintergründe der GRÜNEN

Kritiker bezeichnen die Grünen oftmals als „Verbotspartei“. Wiederum andere sogar als „faschistisch“, obwohl genau das komplett widersprüchlich zum eigentlichen Parteiprofil zu stehen scheint. Oder etwa doch nicht? Geht man weit in die Geschichte der Öko-Partei zurück, finden sich maßgebliche Protagonisten, die tatsächlich stramme Nazis waren. Sogar solche aus den Familien prominenter GRÜNER, wie beispielsweise von „Noch“-Vize-Kanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck oder von „Noch“-Außenministerin Annalena Baerbock. Eine Spurensuche ...

„Strammer Nazi“ Baldur Springmann

Am 15. April 2020 berichtete das *Hamburger Abendblatt* über ein Gründungsmitglied der GRÜNEN mit der Schlagzeile: „Baldur Springmann – Ur-Öko und strammer Nazi.“ In dem Artikel heißt es unter anderem: „Baldur Springmann hieß der Mann – Bauer aus Geschendorf bei Bad Segeberg, **ein Ur-Öko – und ein strammer Nazi. Seine Vergangenheit in Hitler-Deutschland war jedoch damals kaum ein Thema (...)** Der 1912 geborene Springmann bewirtschaftete seit 1954 in Geschendorf einen Bauernhof auf biologisch-dynamischer Basis und galt als Pionier der Öko-Bauern. **1978 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Grünen Liste Schleswig-Holstein und zwei Jahre später zu den Mitgründern der Partei Die Grünen. Dass er völkisch und rechtsextremistisch dachte, dass er während der NS-Zeit führende Positionen übernahm,** war jedoch im grünen Überschwang des Aufbruchs kaum ein Thema.“

Weiter: „**Springmann war Mitglied der NSDAP, erst der SA und dann der SS,** arbeitete als Führungsoffizier in der weltanschaulichen Erziehung und leitete im Zweiten Weltkrieg als Kapitänleutnant in Kiel eine Flugabwehreinheit der Marine. Aus jener Zeit stammt auch ein Text von Springmann, **in dem er vor dem ‚Volkstod‘ durch ‚Amerikanisierung‘ warnte und sich über ‚Buschneger‘ und ‚Finanzmagnaten meistens jüdischer Rasse‘ ausließ.**“

Und: „**So engagierte sich der Bauer in patriotisch-nationalistischen Vereinen wie der ‚Aktionsgemeinschaft der Deutschland Liebenden‘. (...) Springmann pflegte auch Kontakte mit der mehrfach verurteilten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel und ihrem Mann Werner Georg, einem nationalsozialistischen Publizisten und Pfarrer einer anthroposophischen Christengruppe (...)**“

Bundesbehörde beschäftigte sich mit den „Nazi-GRÜNEN“

Selbst die *Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)*, eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern mit Sitz in Bonn, beschäftigte sich mit den „Nazis bei den Grünen“. Dazu heißt es dort: „Dass ‚grün sein‘ nicht automatisch mit links-alternativen Einstellungen einhergeht, machte der Partei ‚Die Grünen‘ in ihren Anfangsjahren zu schaffen. **Mit Baldur Springmann und Werner Vogel gehörten zwei ehemalige NSDAP-Mitglieder zu den Gründungsmitgliedern der Partei.** Die Traueranzeige für Baldur Springmann, der 2003 verstarb (...) erschien in der ‚Nordischen Zeitung‘. Auffällig ist sowohl das Geburts- und Todestagsymbol – **die nordische Lebensrunen wurde benutzt (um das**

christliche Symbol des Kreuzes zu umgehen) – als auch die Jahreszahlen: Gerechnet wird hier wohl nach einer Zeitrechnung, die die Artgemeinschaft ‚Nordungen‘ konstruiert haben soll und den Bezug nimmt auf die Blütezeit der Megalith-Kultur, in der die Steine von Stonehenge errichtet wurden. Dass die Endziffern der vierstelligen Jahreszahl mit den Endziffern der christlichen Zeitrechnung übereinstimmen, ist so gewollt.“

Ein Foto zeigt Baldur Springmann am 12.01.1980 in Karlsruhe auf dem 3. Kongress der „SPV – Die Grünen“. Im Vordergrund die Todesanzeige der „Artgemeinschaft“, mit dem Text: „Wir trauern um unseren Förderer Baldur Springmann ... Er hat einen wesentlichen Beitrag zur Gesundung unseres Volkes geleistet. Die Artgemeinschaft ...“.

Übrigens: Am 2. Oktober 2024 berichtete die *Tagesschau*, dass Bundesinnenministerin Nancy Faeser die rassistisch-völkische Gruppierung „Artgemeinschaft“ im September 2023 verbieten ließ. Dabei sprach sie von einem „harten Schlag gegen den Rechtsextremismus“. Die führenden Köpfe der Organisation nannte Faeser damals „geistige Brandstifter, die bis heute NS-Ideologie verbreiten.“ Die Gruppe gefährde „die freiheitlich demokratische Grundordnung in besonderem Maße.“

GRÜNEN-Haßelmann und Nazi Springmann

Anfang Februar 2024 wurde eine der beiden damaligen Vorsitzenden der GRÜNEN-Bundestagsfraktion, Britta Haßelmann, bezüglich des GRÜNEN-Mitbegründers und Nazis Baldur Springmann auf der Website *abgeordnetenwatch.de* gefragt: „Wie stehen Sie zu Ihrem Pategründer Baldur Springmann? Springmann war nachweislich eine ehemalige Nazigröße“.

Team Haßelmann antwortete: „Vielen Dank für Ihre Frage. Frau Haßelmann hat uns gebeten, Ihnen zu antworten. Als Bündnis 90/Die Grünen lehnen wir jede Form von Rechtsextremismus konsequent ab und treten rechtsextremen Bestrebungen entschieden entgegen. Baldur Springmann engagierte sich früh in der Umwelt- und Anti-Atomkraft-Bewegung. 1978 war er dann einer der Mitbegründer der grünen Liste Schleswig-Holstein, die 1980 eine der Gründungsorganisationen der grünen Bundespartei war. Diese verließ er noch im selben Jahr. Sein Einfluss auf die Entwicklung der Partei war somit sehr begrenzt“.

Und weiter: „Nach dem Sozialwissenschaftler Oliver Geden verband er in seinen Überzeugungen Rechtsextremismus, Ökologie und Spiritualität. Seine Überzeugungen fügen sich in typische rechtsextreme Denkmuster ein, in denen Umweltschutz eng mit rechtsextremem Gedankengut verknüpft wird. Dies zeigt sich auch darin, dass er für rechtsextreme Medien publizistische Beiträge verfasst hat. Sein Wirken muss generell sehr kritisch beurteilt werden. Mit besten Grüßen Team Haßelmann.“

Weitere entlarvende Artikel über „Nazi-GRÜNEN“ Springmann

Die *Welt* schrieb am 24. Februar 2015 über Springmann: „Seine Bedeutung hatte darin bestanden, in seiner Person die Anschlussfähigkeit einer **unheilvollen deutschen Blut- und Boden-Tradition an die grüne Zivilisations-, Fortschritts- und Technikkritik demonstriert** zu haben – sehr zum Unbehagen des grünen Mainstreams, der sich gern als Verkörperung des Lichts einer aufgeklärten Weltvernunft darstellte (...). Nach ihrer Konstitution als Bundespartei **wurden die Grünen jedoch bald gleichsam nach links entführt – nicht zuletzt von Kadern, die aus den zerfallenden leninistisch-maoistischen K-Gruppen in die Reihen der neuen Bewegung** geströmt waren, weil sie darin die Chance sahen, die Basis für ihre antikapitalistischen Systemüberwindungsprojekte erheblich zu verbreitern.“

Und im Februar 2012 hielt der *Tagesspiegel* fest: „**Baldur Springmann ist schon seit gut acht Jahren tot, aber sein Gedankengut lebt. Der Öko-Landwirt war Mitbegründer der Grünen**, später zusammen mit Herbert Gruhl einer der Spitzenpolitiker der konservativen Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). In den letzten Jahren seines Lebens wurde er **zunehmend im rechtsextremen Umfeld aktiv, hielt zum Beispiel 2003 beim Pressefest der NPD-Zeitung ‚Deutsche Stimme‘ eine Rede. Für ‚Bioregionalismus‘ und ‚notwendige Mutterlandsliebe‘ warb Springmann in Aufsätzen – als Alternative zu einem ‚blind fortschrittsgläubigen, kapitalismushörigen Hurra-Patriotismus‘ (...)**“.

Auch bei den europäischen GRÜNEN fand sich Baldur Springmann, wie ein Foto der Heinrich-Böll-Stiftung von Anfang April 1979 in Brüssel zeigt, mit der Bildunterschrift: „Die Grünen verstanden sich von Anfang an als europäisches Projekt.“ Darauf abgebildet waren: Roland Vogt (deutsche Liste, die Grünen), Joseph Beuys, Manfred Siebker (Grüne), Solange Fernex (französische Liste „Europe Ecologie“), Gerda Degen (Grüne), Marco Panella (italienische Partitio Radicale), Marc Dubrulle (flämische Liste), Merete Mattern (Grüne), Luc Versteyleen (flämische Liste), Petra Kelly, Wilhelm Knabe, Milan Horacek (Grüne), Jonathan Tyler (britische Ecology Party), Maurits Henkemann und Ad Melkerts (niederländische Politieke Partij Radikalen) und Gerda Degen (Grüne).

Doch auch heute prominente Aushängeschilder und Parteigranden der GRÜNEN haben eine belastende Nazi-Familiengeschichte.

GRÜNEN-Habeck und seine „Nazi-Opas“

Der „Noch“-GRÜNE-Bundeswirtschaftsminister und Vize-Kanzler Robert Habeck gestand im Sommer 2024 ein düsteres „Familiengeheimnis“ ein: **Sein Urgroßvater Walter Granzow trat 1931 in die NSDAP ein und war als NSDAP-Ministerpräsident in Mecklenburg-Schwerin und als Reichstagsabgeordneter ein hoher NS-Funktionär. 1933 wurde er von Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, in die ordensähnlichen Eliteformation aufgenommen und 1936 sogar zum SS-Brigadeführer ernannt.**

In einem Brief an Himmler bedankte sich Habecks Uropa: „Mit Ihnen und Ihren Aufgaben fühle ich mich eng verbunden, deshalb danke ich Ihnen für die Kameradschaft, die Sie mir bewiesen haben, als Sie mich in Nürnberg im Zeltlager zum Sturmführer beförderten“.

Zudem war Walter Granzow mit einer Führungsperson aus Hitlers innerstem Zirkel befreundet – nämlich mit NS-Propagandaminister Joseph Goebbels, dessen Hochzeit er mit Magda Quandt 1931 sogar ausrichtete. Hitler war Trauzeuge und hörte Granzows Festrede.

Walter Granzow träumte davon, dass seine Nachfahren im „Tausendjährigen Reich“ Führungsaufgaben übernehmen sollten. Bei seinem Urenkel Robert erfüllte sich dieser Wunsch, allerdings nicht in einem „Tausendjährigen Reich“, sondern als Minister in einer demokratischen Regierung.

Am 24. April 1945 wurde Walter Granzow von den vorrückenden Amerikanern interniert. Obwohl er leugnete, etwas von Konzentrationslagern, der Vernichtung der Juden und anderen Verbrechen der Nationalsozialisten gewusst zu haben, wurde er lediglich zu einer Zahlung von 6.000 Reichsmark wegen seiner SS-Mitgliedschaft verurteilt und sein Besitz entschädigungslos eingezogen.

Auch Habecks Großvater Kurt Granzow war ein Nazi, nämlich als Obersturmführer in der SA aktiv und 1930 in die NSDAP eingetreten. Später geriet er in russische Kriegsgefangenschaft.

Diese Familiengeschichte und die Auseinandersetzung mit der Schuld seiner Vorfahren habe sein politisches Denken, Handeln und Reden mitgeprägt, erklärte Robert Habeck, was ihn bis heute in die „politische Pflicht“ nehmen würde. Allerdings gab es nach seinem Eingeständnis auch Kritik, dass er früher über seine vorbelasteten Ahnen hätte sprechen müssen.

GRÜNEN-Baerbock und ihr „Nazi-Opa“

Selbst „Noch“-GRÜNEN-Außenministerin Annalena Baerbock ist von der NS-Vergangenheit ihrer Familie nicht verschont geblieben. Veröffentlichte Dokumente belegen, dass ihr Großvater Waldemar Baerbock, der erst 2016 verstarb, **ein „bedingungsloser Nationalsozialist“** war. Das jedenfalls schrieben seine Wehrmachts-Vorgesetzten in einer Akte über den ausgebildeten Ingenieur. 1944 sollte ihm sogar die höchste Kriegsauszeichnung für Zivilisten verliehen werden.

Peinlich für Baerbock, die zwar nicht verhehlte, dass ihr Opa als Wehrmachts-Offizier an der Ostfront war, sich aber immer wieder positiv auf ihn bezog. **Die oben genannte Akte sei ihr jedoch „nicht bekannt“** gewesen, musste das Auswärtige Amt einräumen.

Natürlich kann man niemanden für die Taten seiner Vorfahren verantwortlich machen. Doch sogar die linke *taz* kritisierte am 15. Februar 2024: „Vorwerfen kann man Baerbock, dass sie sich die Akte über ihren Opa nie selbst aus dem Archiv besorgt hat, wenn sie ihn schon so gern erwähnt. Von einer Außenministerin darf man das erwarten“.

Unvergessene Warnung (Zypern 2013): Das „EU-Experiment Sparer-Enteignung!“

EU-Mini-Mitgliedsland Zypern, eine Insel im östlichen Mittelmeer mit nicht einmal 900.000 Einwohnern, wird im Frühjahr 2013 Austragungsort des bislang größten Enteignungs-Dramas seit Bestehen der Europäischen Union. Dabei wurde insbesondere der „kleine Mann“ geschröpft, während die Eliten ihr Kapital in Sicherheit brachten. Eine „Chronologie der Schande“ und eine Warnung für die Gegenwart und Zukunft!

Zypern am Abgrund

Seit 1974 ist Zypern geteilt: In einen griechischen Südteil und einen türkischen Nordteil. 1983 wurde die von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannte Türkische Republik Nordzypern ausgerufen. **Die Republik Zypern, die den Südteil der Insel umfasst, trat am 1. Mai 2004 der EU bei. Schließlich wurde zum 1. Januar 2008 die Währung des Zypern-Pfundes abgeschafft und der Euro eingeführt. Und damit begann die Katastrophe. Erst schleichend und dann immer schneller.**

Im Juni 2012 stuft die Ratingagentur Fitch die Kreditwürdigkeit Zyperns auf „BB+“ herab; also auf „Ramsch-Niveau“. Auch der Ausblick für die Kreditwürdigkeit des Landes wird auf „negativ“ gesetzt. **Schuld daran sind wieder einmal die Banken, denn sie müssen rund vier Milliarden Euro wegen der Schuldenkrise in Griechenland abschreiben, mit denen sie eng**

verbunden sind. Und nicht nur sie: Die gesamte Wirtschaft ist mit der der Hellenen verflochten, auch wenn sie nur eine Leistung von 17,5 Milliarden Euro beträgt. Damit ist sie eine der kleinsten Volkswirtschaften der Euro-Zone. Hinzu kommt, dass die einstige „Steuroase“ für internationale Unternehmen und Großinvestoren nach ihrem Aufblühen immer weiter schrumpfte. Trotz regem Tourismus wächst auf der Sonneninsel die Arbeitslosigkeit – und das auf Rekord-Niveau. Auch der Beamtenapparat ist aufgebläht. So existieren auf Zypern „sehr ernste makroökonomische Ungleichgewichte“, wie es in einem Bericht der Europäischen Kommission heißt.

Hilferuf an die EU und Russland

Im Juni 2012 sieht Regierung in Nikosia keinen anderen Ausweg, als bei der EU einen Antrag auf Finanzhilfen in Höhe von 17,5 Milliarden Euro zu stellen. **Dies entspricht etwa der jährlichen Wirtschaftsleistung des drittkleinsten Mitgliedslandes. Und das, obwohl vor der zyprischen Südküste große Erdgasfelder im Mittelmeer gefunden worden sind.** Allerdings blockiert die Türkei deren Milliarden-Ausbeutung, bevor der Streit um die Teilung der Insel nicht endgültig geklärt ist. Damit ist Zypern nach Griechenland, Portugal, Irland und Spanien das fünfte Mitgliedsland, das in jener Zeit Hilfe braucht. Das Rettungspaket wird jedoch auf 10 Milliarden Euro heruntergeschraubt. Schlechte Aussichten also für Zypern, das am 1. Juli 2012 auch noch die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat und Aktien der angeschlagenen *Cyprus Popular Bank* im Wert von 1,8 Milliarden Euro aufkaufte, um sie vor dem Bankrott zu retten.

Die „Pleite-Insel“ soll nun unter ihrem Vorsitz die EU mit ihren rund 500 Millionen Bürgern aus der schwersten Krise ihres Bestehens führen und für Wachstum und mehr Arbeitsplätze sorgen? Wie soll das gehen, ist man versucht zu fragen. Vielleicht mit Hilfe Russlands? Denn Moskau hatte bereits Ende 2011 einen 2,5 Milliarden Euro Kredit an Nikosia vergeben. Im Juli 2012 wird über einen weiteren in Höhe von 5 Milliarden Euro verhandelt. Doch selbstlos sind die Russen nicht, schließlich legen vermögende Landsleute, anders ausgedrückt, Oligarchen, ihr Geld bei zyprischen Banken an, die dort nicht versteuert werden. Zudem investieren viele russische Unternehmen in die Mittelmeerinsel – ebenfalls zu einem sehr niedrigen Steuersatz und dazu noch bei lascher Finanzaufsicht. Auch das vor der Küste gefundene Erdgas lockt russische Firmen wie *Gazprom* an. Gute Gründe also, den Zyprioten unter die Arme zu greifen. **Obendrein ist Staatspräsident Dimitris Christofias mit seiner „eurokommunistischen Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (AKEL)“ der einzige kommunistische Regierungschef eines EU-Landes.**

Im November 2012 gelangt ein geheimer BND-Bericht an die Presse. **In ihm berichtet der deutsche Auslandsgeheimdienst, dass mit den zu erwartenden Hilfsmaßnahmen der EU insbesondere Inhaber russischer Schwarzgeldkonten auf zyprischen Banken profitieren würden.** Zwar würde Nikosia sich an alle Vereinbarungen zur Bekämpfung der Geldwäsche halten, aber die Umsetzung wäre mangelhaft.

Zypern vor der Staatspleite

Zypern wächst bis Ende 2012 zu einem neuen Gefahrenherd innerhalb der EU heran. Das Land ist praktisch zahlungsunfähig. Die übrigen Mitgliedsstaaten sind vorsichtig, fordern auch und gerade in Hinsicht der Geldwäsche von der zyprischen Regierung nicht nur volle Transparenz, sondern ebenso volle Kooperation in Steuerfragen. Dazu eine Verknappung des aufgeblähten und maroden Bankensektors. Erstmals wird die Frage gestellt, *wer* die Gläubiger eigentlich sind und vor allem, *wie* diese in die Kosten der Sanierung des Bankensystems einbezogen werden können?

Der IWF fordert einen Schuldenerlass, bevor er sich an einem Hilfspaket beteiligt. **Die Troika aus EU, EZB und IWF verlangen rigide Reformen: Privatisierung von Staatsbetrieben, größere Kontrolle über die Geldgeschäfte der Banken und Steuererhöhungen. Letzteres würde vor allem wieder den kleinen Mann treffen. Bei einem Kurzbesuch Angela Merkels Anfang des Jahres fordert sie die zyprische Regierung zu Reformen auf.** So solle sich Nikosia gegen Geldwäsche engagieren.

Zu all diesen Problemen für die Insel kommt hinzu, dass die Ratingagentur Moody's im Januar 2013 die Kreditwürdigkeit Zyperns um gleich drei Noten auf „Caa3“ senkt. Auch der Ausblick bleibt weiterhin „negativ“. Die Staatsschulden würden noch in diesem Jahr auf 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen, heißt es. Die Staatspleite oder ein erzwungener Teil Schuldenschnitt würde vor der Tür stehen. Aussichten also, die keinen Anleger entzücken, sondern im Gegenteil, ihn zum schleunigen Reißaus bewegen.

EU beschließt erstmals „Sparerenteignung“

Im Februar 2013 wird der linke Staatspräsident Dimitris Christofias von dem Konservativen Nikos Anastasiades abgelöst. Er übernimmt damit einen wahren „Höllenjob“. Denn alles kommt viel schlimmer.

Zunächst jedoch gibt es Hoffnung. EU-Politiker, wie beispielsweise Währungskommissar Olli Rehn oder der Chef der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, verkünden plötzlich lauthals, dass das kleine Zypern – mit einer Wirtschaftsleistung von gerade mal 0,2 Prozent – **in der Euro-Zone (!), „systemrelevant“ sei. Um die Finanzstabilität der Insel und der Euro-Zone zu gewährleisten, müsse es unter allen Umständen gerettet werden.**

Um das Hilfspaket von 10 Milliarden Euro für Zypern schnüren zu können (für die Rettungskredite muss das Land 2,5 Prozent Zinsen zahlen – die Tilgung soll 2023 beginnen und über 12 Jahre laufen) kommen im März 2013 die Finanzminister der EU nach langer und zäher Verhandlung zu dem Schluss, **dass erstmals Bankkunden auf einen Teil ihrer Einlagen verzichten sollen, um den maroden Finanzsektor zu stützen.**

Das ist ein bisher einmaliger Schritt, der nichts anderes als eine Enteignung darstellt. Konkret: Wer mehr als 100.000 Euro Bankguthaben aufweist, soll eine Abgabe von 9,9 Prozent leisten. Darunter sollen es 6,75 Prozent sein. So will Nikosia rund 5,8 Milliarden Euro von den Sparern enteignen, geradezu „ergaunern“. Wohlgedacht, insbesondere auch von den Kleinanlegern, um die größeren Investoren nicht mit erhöhten Einbußen heranzuziehen und womöglich dauerhaft zu verschrecken, wie der Eurogruppen-Chef Jean-Claude Juncker später zugibt.

Bevor die zyprische Regierung ihrem Volk jedoch diese Hiobsbotschaft verkündet, handelt sie mit Sofortmaßnahmen: Die Banken bleiben geschlossen, das Onlinebanking-System wird lahmgelegt, so dass elektronische Finanztransfers nicht mehr getätigt werden können, die Abhebung an Geldautomaten wird begrenzt beziehungsweise zunächst eingefroren.

Thomas Schmoll schreibt im *Stern*: „Angela Merkel und die Euroretter feiern sich für ihr Zypern-Paket. **Dabei ist die Zwangsabgabe nicht nur ein Tabubruch, sondern eine Frechheit. Sie ruiniert das Vertrauen der Bankkunden**“. Und weiter: „**Ja, es ist eine Enteignung (...)** Die Eurofinanzminister verkaufen es als einmaligen Solidaritätszuschlag. **In Wahrheit ist es eine Zwangsabgabe zum Erhalt einer Währungsgemeinschaft, die Europa zusammenführen sollte und nun immer mehr spaltet**“. Damit trifft Schmoll den Nagel auf den Kopf. **Denn während viele Reiche und Superreiche ihr Geld schon längst**

und noch rechtzeitig ins Ausland gescheffelt haben, werden der einfache Mann und die einfache Frau in Zypern für Politikversäumnisse und ein aufgeblähtes ruinöses Bankensystem zur Kasse gebeten.

„Europa hat (...) eine Einlagengarantie für Guthaben bis zu 100.000 Euro vereinbart. Das heißt: Erspartes bis zu diesem Betrag ist staatlich geschützt“, schreibt Schmoll weiter. **„Für die Sparer in Zypern gilt das nicht mehr. Was ist die Garantie überhaupt noch wert, wenn ein Staat über Nacht beschließt, seine Bürger um ihr Geld zu bringen? Da klingt es wie Hohn, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Enteignung als notwendige Entscheidung lobpreist, die das Vertrauen in die Eurozone stärke“.** Schäuble selbst äußert: „Zypern wird einen schweren Weg gehen – so oder so (...) das ist nicht die Folge europäischer Sturheit, sondern eines Geschäftsmodells, das nicht mehr funktioniert“. Damit wird Europa auch für Anleger immer unattraktiver, die zukünftig um ihr Geld bangen müssen.

Wütende Proteste gegen Merkel und Co.

Aufgebrachte Menschen demonstrieren in der Hauptstadt Nikosia gegen die Rettungspläne und gegen – ihrer Meinung nach – eine der Verantwortlichen: Bundeskanzlerin Angela Merkel. So steht beispielsweise auf einem Demo-Plakat: „Hitler und Merkel – derselbe Mist“ oder: „Troika go home“. **Währenddessen warnt Bundesfinanzminister Schäuble das zyprische Parlament vor einer Ablehnung des Rettungspakets.** Denn dann seien die nationalen Banken nicht mehr zahlungsfähig und Zypern würde in eine sehr schwierige Lage kommen.

Allerdings nennt es der deutsche Ökonom Thorsten Polleit bedenklich, dass die Zypern-Hilfe nicht der nationale Souverän, sondern ein „internationaler Regierungsverbund“ vereinbart hat. Dieser hätte nicht die Interessen der „national Betroffenen“ im Auge.

„Kapitalraub“ bis zu 60 Prozent

Wohl aus diesen Überlegungen heraus sowie die Ablehnung dieses Planes im nationalen Parlament, einigen sich Ende März 2013 die zyprische Regierung und die EU-Finanzminister auf einen etwas abgeänderten Rettungsplan, um das Land vor dem Staatsbankrott zu retten. Denn auch die Russen wollen keine weiteren Kredite mehr vergeben.

So soll der Finanzsektor, der achtmal größer als die Wirtschaftsleistung ist, bis 2018 halbiert werden. Außerdem soll die zweitgrößte Bank des Landes, die *Laiki (Popular) Bank* zerschlagen werden. Ihre Einlagen, die rund 4,2 Milliarden Euro betragen, werden eingefroren und in eine „Bad Bank“ übertragen, die zu dem Zweck gegründet wird, notleidende Kredite anderer Banken zu übernehmen und abzuwickeln, die zudem ihre 9 Milliarden Euro EZB-Schulden übernimmt. Ob diese Einlagen vollständig vernichtet sind, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Geldeinlagen von über 100.000 Euro sollen jedoch vorerst nicht ausgezahlt werden. In einem etwa sieben Jahre dauernden Verfahren soll ein Insolvenzverwalter durch den Verkauf von Immobilien und die Eintreibung fauler Kredite der „Bad Bank“ einen Teil des Geldverlustes wiedererlangen und an die Anleger zurückbezahlen. Wer’s glaubt, wird selig, ist man da versucht zu sagen.

Konten mit Beträgen bis zu 100.000 Euro, die gesetzlich von der Einlagensicherung geschützt sind, sollen auf die größte Bank, die *Bank of Cyprus*, übergehen. Diese soll jedoch verkleinert werden.

Zu allem Übel werden reiche Bankkunden, Kontoinhaber, Aktionäre und Anleihegläubiger jedoch stärker geschröpft, als zunächst bekannt: Bei mehr als 100.000 Euro Bankeinlagen droht nun ein „Kapitalraub“ von bis zu 60 Prozent! Konkret: 37,5 Prozent

Zwangsabgabe und weitere 22,5 Prozent werden „zur Seite gelegt“, falls die *Bank of Cyprus* noch weitere Rettungsgelder benötigt. Dafür sollen die Sparer Aktien der Bank bekommen. Humanitäre (Hilfs-)Organisationen und Privatschulen werden rund 27,5 Prozent ihrer Geldeinlagen über 100.000 Euro verlieren.

Die Zwangsabgabe bei den anderen zyprischen Finanzinstituten soll bei über 100.000 Euro bei vier Prozent liegen. Zudem werden sofort Kapitalverkehrskontrollen verhängt, die größere Überweisungen für zunächst sechs Monate blockieren, um zu verhindern, dass Anleger ihr Geld massenhaft abziehen.

„Einmalige Korrektur des Bankensystems“

Zyperns Finanzminister Michalis Sarris, der nach nur vier Wochen Amtszeit seinen Hut nehmen wird, spricht davon, dass zwar keine Schlacht gewonnen, dafür aber „ein katastrophaler Austritt aus der Eurozone vermieden“ worden sei. Arbeitsminister Harris Georgiades faselt etwas von einem „**einmaligen Akt der Korrektur des Bankensystems**“.

Der russische Premierminister Dmitrij Medwedew hingegen bezeichnet diese Beschlüsse als eine „Plünderung“ und vergleicht sie sogar mit der Enteignung jüdischer Vermögen durch die Nazis. **Im Gegenzug bietet die zyprische Regierung russischen (und anderen) Unternehmern eine „Entschädigung“ an, die wegen der Zwangsabgabe mehr als drei Millionen Euro verloren haben: Die Staatsbürgerschaft der Inselrepublik!**

Während der ganzen Aufregung kursieren im April 2013 Gerüchte, dass auch auf die sicher geglaubten Bankguthaben der Genossenschaftsbanken eine Zwangsabgabe erhoben werden soll. Schnell dementiert das Finanzministerium diese Spekulationen und spricht stattdessen – welch Hohn angesichts der großflächigen Enteignung – davon, dass dank der vereinbarten Maßnahmen das zyprische Bankensystem „auf dem Weg der Stabilisierung und Gesundung“ sei. Ferner fordert das Ministerium die Öffentlichkeit auf, „haltlosen Gerüchten, die nur den Zweck haben, dem Bankensystem in Zypern zu schaden, keinen Glauben zu schenken“. **Doch viele der bislang angelogenen Bürger vertrauen ihren Politikern nicht mehr.**

Aufgrund dessen, dass die Banken fast zwei Wochen geschlossen blieben, bricht der Konsum um 70 Prozent ein. Unternehmen können keine Gehälter mehr bezahlen, Suppenküchen werden eröffnet, Geschäfte und Restaurants sind verwaist. Apotheken akzeptieren den Medikamentenkauf nur noch gegen Barzahlung.

Banken unter Polizeischutz

Bevor die Banken wieder eröffnen, wird ein Bank-Run befürchtet. So werden die Geldinstitute kurzerhand unter Polizeischutz gestellt. Fünf Milliarden Euro Bargeld werden für die Wiedereröffnung aus Reserven der EZB auf die „Pleite-Insel“ eingeflogen und dort an die Bankfilialen verteilt.

Doch letztlich kommt es nicht zu einem Bank-Run. Vielleicht auch aus Furcht vor den Sicherheitskräften, oder weil **nur begrenzt Geld abgehoben werden kann – jeder Bankkunde lediglich 300 Euro.** Daueraufträge für Lohnzahlungen sind wieder erlaubt. **Allerdings werden Auslandsüberweisungen und Kreditkartenzahlungen auf 5000 Euro pro Person und Bank beschränkt.** Diese Einschränkungen sind nach Auskunft der EU-Kommission durchaus rechtens und durch den EU-Vertrag gedeckt. **Mitgliedsstaaten dürften**

den freien Kapitalverkehr beschränken, wenn dies zur Sicherheit oder aus Gründen der öffentlichen Ordnung notwendig sei. Ebenso aus Gründen des öffentlichen Interesses.

So einfach gehen solche Staatssanktionen, die dann auch noch zulässig sind. Ein Hoch auf die Maastrichter Verträge!

Eliten „retten“ ihr Geld

In diesen dramatischen Tagen auf Zypern, die den Europäern zeigen, welches Finanzdiktat samt Kapitalenteignung die EU ausüben kann, wird bekannt, **dass hohe Beamte in der zyprischen Zentralbank und Politik, die von der bevorstehenden Schließung der Banken und ihrer Sparereignung wussten, vorher noch „Ummengen“ Geld ins Ausland geschafft haben.**

132 Unternehmen und Einzelpersonen sollen insgesamt bis zu 700 Millionen Euro vor Schließung der Finanzinstitute von ihren Konten abgehoben haben, weil sie wohl **Insider-Informationen über die zu erwartenden Beschlüsse der Euro-Zone hatten.** Darunter neben Politikern auch Reedereien, Energiefirmen, juristische Kanzleien und staatliche Unternehmen.

Brisant: Eine der aufgeführten Firmen gehört mit einem Schwiegersohn des zyprischen Staatspräsidenten Nikos Anastasiades. Diese soll noch vorher Einlagen in Höhe von 21 Millionen Euro von der *Laiki Bank* abgehoben und teilweise nach London überwiesen haben. Der Präsident spricht von Diffamierung und wehrt sich dagegen, Informationen weitergegeben und seine Verwandten gewarnt zu haben.

Die konservative Zeitung *Fileleftheros* kommentiert in jenen Tagen: **„Während gewöhnliche Zypriener an Suppenküchen Schlange stehen und ihren Stolz überwinden, weil sie keine andere Wahl haben, als Bettler zu werden, muss jeder, insbesondere die politische Führung des Landes, beweisen, dass er über jeden Zweifel erhaben ist.“**

Hinzu kommt, dass zyprische Medien auch noch eine pikante Liste veröffentlichen, die Namen von Politikern enthält, die Kredite in Millionenhöhe bekamen und diese nie zurückzahlen mussten. Auf gut Deutsch: **Die beiden größten Banken – die *Laiki-Bank* und die *Bank of Cyprus* – haben Politikern zwischen 2007 und 2012 Millionenkredite erlassen! Oder aber sie mussten diese nur zum Teil begleichen.** Davon sollen Mitglieder sämtlicher zyprischer Parteien betroffen sein außer der sozialdemokratischen EDEK und der sozial-ökologischen KKO. „So soll einer Gewerkschaft 193.000 Euro erlassen worden sein, von einem Abgeordneten der Regierungspartei DISY wurden 101.000 Euro eines Darlehens über 168.000 Euro nicht zurückgefordert“, zählt die *Zeit* einige Beispiele auf. „Einer Firma, die dem Bruder eines früheren Ministers der Mitte-Rechts-Partei DIKO gehört, sollen demnach 1,28 Millionen von insgesamt 1,59 Millionen geliehenen Euro erlassen worden sein“. Einem Hotelunternehmen, das Verbindungen zur Zypriotischen Kommunistischen Partei (AKEL) sowie zu Gewerkschaften hat, soll die *Bank of Cyprus* im Mai 2012 einen Kredit von 2,8 Millionen Euro komplett erlassen haben.

Mit am meisten von diesen „gelöschten Krediten“ profitiert hat der ehemalige Staatspräsident George Vassiliou. Über eine von ihm beherrschte Firma soll er 5,8 Millionen Euro geschenkt bekommen haben. Denn der Kredit wurde im Frühjahr 2013 einfach gestrichen.

Noch einmal: Diese Banken also, die durch Zwangsabgaben, Kapitalkontrollen und wirtschaftlichen Einschnidungen durch das Volk gerettet werden mussten, haben Politikern Gefälligkeiten in Millionenhöhe erwiesen. Ein Skandal erster Güte!

Parlamentspräsident Ginnakis Omirou kündigt eine Untersuchung an, ebenso die Staatsanwaltschaft. Das alles hört sich ziemlich hilflos an. Genauso wie die Rettungspläne von Präsident Nikos Anastasiades'. Um an frisches Geld zu kommen, bekundet er die Eröffnung eines Kasinos. Zudem sollen Steuern auf Gewinne von Betrieben entfallen, die wieder auf der Insel investieren. Kreditzinssätze sollen erleichtert und Mieten reduziert werden. Zum Schutz der zyprischen Arbeitnehmer soll mit den Arbeitgebern eine informelle Beschäftigungsklausel vereinbart werden. **So sollen 70 Prozent zyprischer Bürger und höchstens 30 Prozent Ausländer beschäftigt werden.** Dies würde vor allem die zirka 100.000 Nicht-EU-Ausländer aus Indien, Sri Lanka und den Philippinen treffen, die im Baugewerbe oder als Kindermädchen und Hausdiener auf Zypern arbeiten.

Alle bisherigen Maßnahmen gegen den Staatsbankrott reichen nicht aus

Doch dann stellt sich heraus, dass Zypern weitaus mehr Geld benötigt, um den Staatsbankrott abzuwenden, als angenommen: nämlich 23 Milliarden Euro! Dafür werden aus dem ESM-Rettungsschirm 9 Milliarden Euro locker gemacht, der IWF legt noch eine Milliarde drauf, doch die restlichen 13 Milliarden müssen die Zyprioten selbst stemmen. Eine eigentlich unlösbare Aufgabe.

Die guten Vorsätze der Regierung kommen ins Wanken. **Jetzt sollen höhere Unternehmenssteuern und eine Abgabe von Kapitalgewinnen über drei Jahre hinweg** 600 Millionen Euro einbringen. Durch den Verkauf von Goldbeständen sollen weitere 400 Millionen dazu kommen. Und durch die Abwicklung der *Laiki-Bank* sowie der Einbeziehung von Einlagen bei der *Bank of Cyprus* 10,6 Milliarden Euro dazugegeben werden.

Todesdrohungen gegen Staatspräsidenten

Anfang April 2014 werden Drohungen an Staatspräsident Anastasiades und Zentralbankchef Demetriades bekannt: „Wir warnen Euch und bluffen nicht“, heißt es in einem Schreiben von einer *Gruppe zur Rettung der Bankguthaben*, das an eine Zeitung gereicht wurde. „Wir fangen bei Euren Enkeln an, dann sind Eure Kinder dran und am Ende ihr selbst, damit ihr so leidet wie wir“. Unterzeichnet ist der Drohbrief mit „Geschworen bis in den Tod“.

Im selben Monat berichtet das staatliche Fernsehen, **dass wichtige Beweise über die schwer angeschlagene Bank of Cyprus vernichtet worden sein sollen.** Niemand werde seiner Verantwortung entgehen. Wer sich in der Bankenkrise strafbar gemacht oder Beweismaterial unterschlagen hätte, müsse mit Konsequenzen rechnen, erklärt die Generalstaatsanwaltschaft jedoch dazu ...

Sparerenteignung als „Testballon“ für die Euro-Zone?

Am 21. Januar 2013 übernimmt der Niederländer Jeroen Dijsselbloem von seinem Vorgänger, dem Luxemburger Jean-Claude Juncker, den Vorsitz der Euro-Gruppe. Schon wenige Wochen später sorgt er für einen weltweiten Eklat.

Als zum ersten Mal seit Beginn der Finanzkrise im Euro-Raum auch Aktionäre, Gläubiger und Kunden für die Rettung der Banken herhalten müssen, spricht Dijsselbloem von einem „Modell für die Zukunft“ für den Umgang mit drohenden Bankenpleiten. Zudem dürfe eine direkte Rekapitalisierung maroder Banken durch den ESM-Rettungsschirm nicht zur Regellösung werden. Je mehr Instrumente zur Kostenbeteiligung von Eigentümern und Gläubigern der Banken es gebe, umso geringer sei der Hilfsbedarf. Banken sollen in der Lage sein, sich selbst zu retten. Damit widerspricht Dijsselbloem den meisten

Eurokraten, die angesichts der Krise alles klein- und schönreden. So auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der nicht müde wird, Zypern als „Einzelfall“ zu bezeichnen. Jetzt scheint es so, als sei das Exempel, das die EU an Zypern statuierte, ein Test gewesen, wie weit die Euro-Gruppe tatsächlich gehen kann.

Dijsselbloems offene Worte sorgen für eine Talfahrt an den Börsen. **Anleger befürchten nun den Zugriff auf das Geld von Bankkunden auch in anderen EU-Ländern. Davon wären natürlich auch die deutschen Sparer betroffen. Selbst ein Ansturm auf die Finanzinstitute in der Eurozone rücke in den Fokus der Überlegungen und löst Panik und heftige Kritik aus den politischen Lagern aus.** Schnell reagiert der Niederländer und läßt mitteilen, dass Zypern ein „besonderer Fall mit außergewöhnlichen Herausforderungen“ sei. Doch so richtig abnehmen konnte man ihm das Zurückrudern kaum.

„Die Aussage von Jeroen Dijsselbloem war wohl kein Versprecher – sondern **tatsächlich eher ein ‚Testballon‘ der Eurogruppe**“, meint dann beispielsweise auch Wolfgang Duwe, Aktienstrategie bei der *Bremer Landesbank*. „Inhaltlich sei ein solches Vorgehen künftig durchaus denkbar.“ Der deutsche Wirtschaftsweisen Peter Bofinger legt nach: „**Europas Bürger müssen nun um ihr Geld fürchten.**“ Bart Oosterweld von der Rating-Agentur Moody's sagt, dass die europäischen Politiker mit ihrer Entscheidung den Beweis geliefert hätten, dass sie bereit seien, **Kontoinhabern „finanzielle Schmerzen“ zuzufügen.** „Das Zypern-Paket ist negativ für alle Kontoinhaber in Europa“.

Dennoch beeilt sich die Bundesregierung, schnell zu erklären, dass Zypern ein „singulärer Fall“ sei. Aus der zyprischen Lösung seien keine Rückschlüsse auf andere Länder zu ziehen. „Automatische Rückschlüsse von Land eins auf Land zwei funktionieren in Europa nicht, weil die Voraussetzungen sehr unterschiedlich sind“, meint Regierungssprecher Steffen Seibert.

Doch damit wurden vor allem die (kleinen) Sparer nur eingelullt. „**Es wurde ihnen vorgegaukelt, dass es sich um eine ganz und gar harmlose, aber eben notwendige Maßnahme handelt.** Angela Merkels Aussage, dass die Aktion unvermeidbar gewesen sei, um die Verursacher der Krise zu treffen, ist ihr von der deutschen Öffentlichkeit dankbar abgekauft worden“, berichten dazu die *Deutschen Wirtschafts-Nachrichten*. „**Dass die Opfer des nächtlichen Zugriffs die einfachen zyprischen Krankenschwestern, Rentner und kleinen Unternehmen sind, wurde in Europa nicht mehr zur Kenntnis genommen**“.

Doch schließlich stellt Klaas Knot, EZB-Mitglied und niederländischer Notenbankpräsident, den Sachverhalt richtig, der Katastrophales für Bankkunden, Aktionäre und Sparer in der EU bedeutet. **So gibt er unumwunden zu, dass die Restrukturierung der europäischen Banken nach dem Vorbild Zyperns erfolgen würde. Dabei würden alle Bank-Guthaben, wenn nötig, enteignet.** „Es gibt an den Aussagen von Dijsselbloem nichts auszusetzen. Der Inhalt seiner Bemerkung bezieht sich auf einen Weg, der schon länger in Europa diskutiert wird. Dieser Weg wird Teil des Prozesses sein, wie in Europa Banken liquidiert werden“, so Knot, laut dem *Het Financieele Dagblad*.

Blaupause Sparerenteignung

Damit scheint die Sparerenteignung in Zypern tatsächlich zur „Blaupause“ geworden zu sein. Denn die Diskussionen in der EU-Kommission gingen in jener Zeit weiter: Nach Großanlegern und Aktionären der Banken sollen, wenn nötig, alle Bankguthaben über einer bestimmten Grenze gekürzt werden. Diese lagen bei 100.000 Euro. **Doch sobald die Beiträge der großen Anleger nicht mehr ausreichen, werden die Staaten dem Bürger tief in die Tasche greifen. Voraussichtlich mit Steuern, denen sie nicht entfliehen können. Und vor**

allem soll es viel schneller gehen als in Zypern. Zwangs-Beteiligungen sollen zukünftig über ein einziges Wochenende durchexerziert werden: Dazu soll am Freitagabend das Konto mit der Zwangsabgabe belastet werden, so dass der Bankkunde erst am Montag die Katastrophe erkennen und somit der gefürchtete Bank-Run verhindert werden kann.

Dieser Masterplan wurde besprochen. **Ebenso eine Gebührenbeteiligung der Sparer für einen gemeinschaftlich finanzierten europäischen Fonds**, der die Abwicklung der Banken und die Sicherung der Einlagen von Kleinsparern übernehmen könnte. Natürlich wurde das nicht an die große Glocke gehängt, weil es vor allem hierzulande politisch nicht vermittelbar wäre, Sparer zu belasten.

Allerdings warnten Ökonomen gerade vor den Folgen des Tabubruchs einer Sonder- oder Zwangsabgabe (in Zypern). Dies könnte die Einleger in allen Krisenländern verschrecken, zum Räumen ihrer Konten veranlassen und eine Bankenkrise auslösen, die nur durch massive Interventionen der EZB zu beenden wäre, meinte der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Gustav Horn. Thorsten Polleit, Honorarprofessor an der Frankfurt School of Finance & Management erklärte: **„Die Maßnahme muss bei allen, die Sparguthaben bei Euro-Banken halten, begründetes Misstrauen heraufbeschwören, vor allem deshalb, weil die Politik ganz offensichtlich bereit ist, geltendes Recht zu verletzen, um der Überschuldungskrise zu begegnen.“** Die Zypern-Maßnahmen seien ein Warnschuss für jeden Investor. Die Krise würde aller Voraussicht nach auf weitere Schuldenschnitte, Geldentwertung oder einer Kombination von beidem hinauslaufen. Und wohl auch auf die großangelegte Enteignung oder – wie es Hannes Swoboda, der damalige Vorsitzende der Sozialdemokraten im EU-Parlament formulierte – die **„Angriffe gegen die Einlagen“ von Sparern, wie der „Testballon“ Zypern zeigt, verstärken.** Denn wenn Gläubiger von Banken herangezogen werden, dann ist das im Grunde genommen jeder Sparer. Ein solcher gibt der Bank Geld, die ihm eine Rück- oder Auszahlung schuldet. Falls also wieder einmal großspurig von Gläubigern gesprochen wird, die für die Bankenrettungen bluten sollen, ist auch der normale Sparer gemeint. **Damit ist der Traum von sicheren Bank-Guthaben geplatzt. „Der einfache Bank-Kunde kann spätestens jetzt erkennen, dass er in dem Moment, in dem er sein Geld auf die Bank bringt, keinerlei Rechtsanspruch mehr besitzt, dass er das Geld wiederbekommt** (*Deutsche Wirtschafts-Nachrichten*).

Fazit: Die Moral der beschämenden Enteignung der Bankkunden, Sparer und Aktionäre auf Zypern machte klar, dass – ganz gleich welche neuen Gesetze und Vorgaben es nun gibt – unter irgendeinem Vorwand jeder für die Bankenrettung und damit auch für die Eurorettung herangezogen kann. Dabei ist es im Grunde einerlei, ob die Finanzinstitute schlussendlich über den Staat und damit den Steuerzahler „gerettet“ werden oder die Steuerzahler über ihre Geschäfts- oder Privatkonto zur Ader gelassen werden!

Politische „Finanzmafia“ – „Legale“ Enteignung und „EZB-Kontrolle“

Seit Jahren schon ist ein hochbrisantes Gesetz gültig, das massive, einschneidende Maßnahmen für Bankkunden und Aktionäre beinhaltet. Und dennoch kennt es kaum einer. Hinzu kommt die geplante Totalüberwachung der Finanzwirtschaft durch die EZB mit der Einführung eines digitalen Euro ...

Das hochbrisante sogenannte „Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen“, kurz Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG), ist nunmehr seit neun Jahren gültig: **Es beinhaltet massive einschneidende Maßnahmen für Bankkunden und Aktionäre und dennoch ist es beinahe unbekannt. Zumindest der breiten Öffentlichkeit.**

Sozusagen klammheimlich wurde das SAG, das aus 176 komplizierten Paragraphen besteht, einst vor fast leerem Plenum und zu abendlicher Stunde im Bundestag verabschiedet. Am 1. Januar 2015 trat es schließlich in Kraft. **Seitdem kann kein Bankkunde und kein Aktionär mehr seine eingesetzten Finanzmittel in Sicherheit wiegen, weil ohne rechtliche Gegenmittel eine „Enteignung“ stattfinden kann.** Und deshalb sollte niemand mehr ruhig schlafen ...

SAG – Bankkunden und Aktionäre müssen starke Nerven haben

Die Hintergründe des „heimlichen“ Gesetzes: Bei einer drohender Insolvenz einer systemrelevanten Bank kann die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung nach § 89 SAG anordnen, Kundengelder einzuziehen oder diese in Aktien der Bank zu einem von ihr festgelegten Nennwert umzuwandeln. **Dieser kann sogar auf null herabgesetzt werden!** Selbst ein diesbezügliches Widerspruchsverfahren wird von vornherein ausgeschlossen und nicht mal eine Klage hätte nach § 99 Abs. 1-3 eine aufschiebende Wirkung. In einem solchen Fall würde alle Ansprüche des Aktionärs als „erfüllt“ gelten. Und zwar für immer! Dass Bankkunden und Aktionäre geschockt sind, sobald sie von dem SAG erfahren, liegt wohl auf der Hand.

Vereinbartes Stillschweigen

Die Öffentlichkeit und selbst die meisten Banker, Makler und Vermögensberater haben von dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz wohl noch nicht viel gehört. **Zudem wurde entsprechend festgehalten, dass alle Verantwortlichen über die Verfahren, die über das SAG ablaufen, Stillschweigen zu wahren haben.**

Demzufolge heißt es in § 5 SAG Verschwiegenheitspflicht: „Die bei der Abwicklungsbehörde, bei der Aufsichtsbehörde, bei dem Bundesministerium der Finanzen und bei anderen nationalen Behörden beschäftigten Personen dürfen die ihnen bei ihrer Tätigkeit im Rahmen dieses Gesetzes bekanntgewordenen Informationen im Sinne des § 4 Absatz 1 **nicht unbefugt offenbaren oder verwerten.** Dies gilt auch, wenn die Bediensteten der vorbezeichneten Behörden nicht mehr im Dienst sind oder ihre Tätigkeit im Rahmen dieses Gesetzes beendet haben. Gleiches gilt für andere Personen, welche im Wege dienstlicher Berichterstattung Kenntnis von den in Satz 1 bezeichneten Informationen erhalten.“

Letztlich also haften im Ernstfall laut SAG Privatkunden und Firmenkunden, die Einlagen ab 100.000 Euro bei einer „systemrelevanten“ Bank führen. Betroffen davon sind Sparbuch, Giroguthaben, Fest- und Tagesgeld, Sparverträge und auch vermögenswirksame Leistungen, Namensschuldverschreibungen und vorübergehend geparkte Liquidität auf dem Wertpapierdepot. Ebenso die Aktionäre der systemrelevanten Bank.

Linke „Faktenchecker“ gehen auf die Barrikaden

Im September 2022 schaltete sich **das linke „Faktenchecker“-Portal CORRECTIV** ein, um vieles davon wieder mal in die mehr oder weniger gewohnte „Verschwörungsecke“ zu stellen. Dazu muss man wissen, dass CORRECTIV von verschiedenen Stiftungen und ebenso vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, des Beauftragten der Bundesregierung für

Kultur und Medien sowie dem Bundesprogramm „Demokratie Leben“ durch finanzielle Zuwendungen „gefördert“ wird. **Regierungsunabhängigkeit sieht wahrlich anders aus!**

Wie dem auch sei, auch CORRECTIV musste eingestehen: „Ist ein Kreditinstitut oder eine Finanzgruppe gefährdet, könnten als letzte von sieben Möglichkeiten jedoch **Kundinnen und Kunden mit Sparguthaben von mehr als 100.000 Euro als Gläubiger haftbar werden.** Diese Gläubigerbeteiligung wird als ‚bail-in‘ bezeichnet. Laut der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht/GG) kann in diesem Prozess **auf ‚Einlagen von Privatpersonen, Kleinstunternehmen und kleinen und mittelständischen Unternehmen‘, ‚einschließlich Fest-, Termingelder und Sparguthaben‘ zugegriffen werden.** Doch bevor das geschieht, wird zunächst auf Aktien, Anteile an GmbH, KG oder Genossenschaften, oder Darlehen zugegriffen. Das schrieb auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestags in einem Gutachten im Jahr 2021.“

CORRECTIV weiter: „Wie der wissenschaftliche Dienst des Bundestages zudem weiter schreibt, handelt es sich nicht um eine Enteignung, wenn das Geld von Bankkundinnen genutzt wird, um eine Bank zu retten oder abzuwickeln. Das sei unter anderem deswegen so, weil nur die staatlichen Eingriffe nach Artikel 14 Absatz 3 des Grundgesetzes als Enteignung gälten, die auf die ‚Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben gerichtet‘ seien. Zudem müsse bei einer Enteignung Eigentum auf den Staat übergehen, das sei aber bei einer Bankenabwicklung nicht der Fall: ‚Im Falle des SAG ist der Rechtsakt darauf gerichtet, gegenläufige private Interessen zu einem Ausgleich zu bringen.‘“

Das ganze juristische Herumwinden, Taktieren und Gelaber ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Gläubiger bei mehr als 100.000 Euro Bankguthaben im Fall der Fälle „dran“ sein können. **Ergo: Jeder Betroffene sollte deshalb seinen Finanzberater mit dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz konfrontieren, um das eigene Geld zu retten, bevor es sprichwörtlich und unwiderruflich „weg“ ist!**

Geplante Abschaffung des Bargelds

Auch das **Kontrollsystem in der Finanzwirtschaft** soll ausgeweitet werden. Und zwar durch die Europäische Zentralbank (EZB) **mit der Einführung eines digitalen Euro. Denn nach wie vor ist Bargeld die Achillesferse für die Eliten, bedeutet es doch Freiheit für die Bürger, weil sie damit anonyme Zahlungen leisten können.** Das soll sich jedoch ändern.

Schon im Juni 2023 unterbreitete die Europäische Kommission einen Legislativvorschlag zur Einführung einer europäischen Digitalwährung. Im Oktober 2023 war die Untersuchungsphase des Projekts abgeschlossen. Auf ihrer Homepage verkündet die EZB dazu: „Zusammen mit den nationalen Zentralbanken des Euroraums prüfen wir die Einführung eines digitalen Euro. Dabei würde es sich um digitales Zentralbankgeld – ein elektronisches Gegenstück und eine Ergänzung zum Bargeld – handeln. Den Menschen stünde damit eine weitere Zahlungsmöglichkeit zur Auswahl.“ Und: „In der Vorbereitungsphase, die im November 2023 begonnen hat, wird die eventuelle Entwicklung eines digitalen Euro weiter vorbereitet. Sie baut auf den Erkenntnissen der Untersuchungsphase auf.“

Im Gegensatz zum Bargeldverkehr wird jede Zahlung erfasst werden

So weit so gut, möchte man meinen, wenn da nicht ein gewaltiger Haken wäre. **Und der betrifft – wie könnte es anders sein – die Datenerfassung der Nutzer.**

Ende September 2023 musste EZB-Präsidentin Christine Lagarde zugeben: „Wir arbeiten daran, die Privatsphäre zu schützen. **Aber da digitales Geld Spuren auf der Blockchain** (ein Register, in dem steht, wem was gehört und wann etwas den Besitzer gewechselt hat/GG) **hinterlässt, wird es nicht völlig anonym sein, wie es bei einer Banknote der Fall ist (...)** Die Bereitstellung der Anonymität, die Banknoten bieten, widerspricht dem Ziel der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“.

Damit ließ Lagarde die sprichwörtliche Katze aus dem Sack. Aber trotzdem verkündet die EZB weiter: „Der Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten ist zentral für den digitalen Euro. Bei seiner Gestaltung würden modernste Datenschutzmaßnahmen berücksichtigt. Seine Offline-Funktion wäre quasi genauso sicher wie Barzahlungen“.

Durch einen digitalen Euro werden den Banken die jeweiligen Transaktionen bekannt sein und könnten wohl auch an den großen Bruder, die Big-Brother-EZB, weitergeben werden. **Für den Bürger bedeutet dies nichts anderes als eine weitere Aushöhlung des Datenschutzes sowie den Verlust der Privatsphäre. Kurzum: Anonyme Freiheit, welche das Bargeld bot, wird zukünftig der Vergangenheit angehören!**

Linken-Idol: „Gotteshasser“ Karl Marx

Im Kulturmarxismus, der die Umkehrung der Werte einer neuen Sittenkultur, das Konterkarieren der Biologie, der Sexualwissenschaft und der Religion, auch politisch legitimieren wollte, finden sich antichristliche Feinde. Allen voran, Linken-Idol und „Gotteshasser“ Karl Marx.

Mit der Aufklärung und dem Rationalismus hob der Atheismus in Form des Kommunismus sein Haupt, der sich politisch links positionierte. Religiös gesehen also auf der „bösen“ Seite. **Denn auf der linken Seite saßen religionsphilosophisch immer die Revolutionäre.** Und damit jene, die den Sturz der Monarchie beabsichtigten oder Gottes Schöpfung und Ordnung durch eigene gottlose Gesellschaftsformen und Moralgesetze ersetzen wollten. Mitunter sogar einen Umsturz oder eine radikale Veränderung der Gesellschaft und des Menschen anstrebten. Dementsprechend saßen sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Parteien immer auf der linken Seite.

So heißt es im Neuen Testament bei Markus 16, Vers 19: „Und der Herr Jesus (...) wurde in den Himmel aufgenommen und sitzt zur **Rechten** Gottes.“ Und bei Matthäus 25, Vers 31-34 und 41: „Wenn aber der Menschensohn kommen wird in seiner Herrlichkeit und alle Engel mit ihm, dann wird er sich setzen auf den Thron seiner Herrlichkeit, und alle Völker werden vor ihm versammelt werden. Und er wird sie voneinander scheiden, wie ein Hirt die Schafe von den Böcken scheidet, und **wird die Schafe zu seiner Rechten** stellen und **die Böcke zur Linken**. Da wird dann der König sagen zu denen **zu seiner Rechten**: Kommt her, ihr **Gesegneten** meines Vaters, erbt das Reich, das euch bereitet ist von Anbeginn der Welt (...) Dann wird er auch sagen zu denen **zur Linken**: Geht weg von mir, ihr **Verfluchten**, in das ewige Feuer, das bereitet ist dem Teufel und seinen Engeln!“

Religionsphilosoph sind die Linken also Verdammte und Verfluchte, die Rechten hingegen die Gerechten.

Sozialistische, kommunistische Gottesleugner

Fakt jedenfalls ist, dass die bekanntesten Vertreter der sozialistischen und kommunistischen Ideologie allesamt Gottesleugner und Gotteshasser waren. An erster Stelle zu nennen sind dabei der deutsche Philosoph, Ökonom, Gesellschaftstheoretiker, Historiker und politische Journalist, **Karl Marx** (1818-1883) und der Gesellschaftstheoretiker, Historiker, Journalist, Unternehmer und kommunistische Revolutionär, **Friedrich Engels** (1820-1895). Ebenso der russische Politiker, kommunistische Revolutionär, marxistische Theoretiker, Vorsitzender der Bolschewiki, Regierungschef der russischen sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (SFSR) und später der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion), **Wladimir Iljitsch Lenin** (1870-1924). **So war die Staatsdoktrin der Sowjetunion atheistisch, Religionsausübung zeitweise verboten oder staatlich streng eingeschränkt.** 1920 gehörten noch 90 Prozent der Bevölkerung der Russisch-Orthodoxen Kirche an, 1940 nur noch weniger als 30 Prozent. Viele Gläubige wurden angefeindet und schikaniert, gefoltert, hingerichtet oder nach Sibirien verbannt.

Karl Marx‘ Kampfansage an Gott

Karl Marx, einst ein gläubiger Christ, der zusammen mit Friedrich Engels die Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie des Marxismus entwickelte, war nach seinem Glaubensabfall ein „Satanist“, ohne Mitglied in irgendeinem derartigen Kult sein. Dazu später mehr ...

Marx jedenfalls war mitverantwortlich für Millionen Todesopfer in totalitären kommunistischen Regimen unter dem Deckmantel einer engstirnigen Wirtschaftslehre, radikaler Ideen von Klassenkampf und gewaltsamer Revolution sowie der Verbreitung atheistischer Anschauungen, die zu Verfolgungen und Diktatur führten.

Im *Manifest der Kommunistischen Partei* von 1848 steht, für jedermann zu lesen: **„Der Kommunismus aber schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral, statt sie neu zu gestalten, er widerspricht also allen bisherigen geschichtlichen Entwicklungen (...)** (Die Kommunisten) erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können **durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“** **Letztlich war und ist der „dialektische Materialismus“, den Marx und Engels schufen, eine Utopie einer klassenlosen Gesellschaft und eine Kampfansage an Gott, den Glauben und die Kirche.**

Dabei war Karl Marx mitnichten der Menschenfreund und selbstlose Kämpfer einer klassenlosen Gesellschaft für die Armen und Hilflosen, wie er von seinen „Jüngern“ dargestellt wurde und weiterhin wird. Vielmehr ein menschenverachtender Geist mit einer selbstzerstörerischen, egomanen, dämonischen Seite in seinem Wesen. **Und er hasste Gott!** Schon in seiner Dissertation „Differenz der demokratischen und epikureischen Naturphilosophie“ bekundete er: „Mit einem Wort, ganz haß’ ich all’ und jeden Gott“ (Vorrede).

„Satanist“ Karl Marx

Laut Richard Wurmbrand, Autor von *Das andere Gesicht des Karl Marx*, nahm Marx nach einer inneren Krise den Satanismus an, wandte sich von seiner jüdischen und christlichen Prägung des Elternhauses ab, wobei seine Arbeiten den Hass auf Gott widerspiegelten.

In seinem Gedicht „Die blasse Maid“ schrieb Marx beispielsweise: „So hab ich den Himmel verscherzt, ich weiß es genau. Meine Seele, die einst Gott gehörte, ist nun **für die Hölle**

bestimmt.“ In „Des Verzweifelnden Gebet“: „Hat ein Gott mir alles hingerissen, Fortgewälzt in Schicksalsfluch und Joch, Seine Welten – alles – alles missen! Eines blieb, **die Rache blieb mir doch!** An mir selbst will ich stolz mich rächen, **An dem Wesen, das da oben thront ...**“

In einem anderen Gedicht träumte Marx davon, die von Gott erschaffene Welt zu zerstören: „Götterähnlich darf ich wandeln. Siegreich ziehen durch ihr Ruinenreich. Jedes Wort ist Glut und Handel. Meine Brust dem Schöpferbusen gleich.“ Und sein nachfolgendes Postulat erinnert an Luzifers Worte: „**Ich will in den Himmel steigen und meinen Stuhl über die Sterne Gottes erhöhen**“ (Jesaja 14,13).

Noch etwas anderes fiel den „Wissenden“ auf: Aus Marx Feder stammte das Theaterstück „Oulanem.“ Der Titel ist ein Anagramm von Emanuel, dem biblischen Namen für Jesus, der auf hebräisch „Gott mit uns“ bedeutet. Richard Wurmbrand schrieb dazu: „**Es ist charakteristisch, dass es sich bei ‚Oulanem‘ um eine Verdrehung eines heiligen Namens handelt (...)** Die Verdrehung heiliger Namen ist Teil satanischer Messen.“ Genauso ist es! Wurmbrand weiter: „Und nun hören Sie sich zuerst das seltsame Geständnis an, das Marx in seinem Gedicht *Der Spielmann* ablegt:

„Was, was! Ich stech', stech' ohne Fehle blutschwarz den Säbel in deine Seele, Gott kennt sie nicht, Gott ach't nicht die Kunst. Die stieß in den Kopf aus Höllendunst. Bis das Hirn vernarrt, bis das Herz verwandelt. Die hab' ich lebendig vom Schwarzen erhandelt! Der schlägt mir den Takt, der kreidet die Zeichen ...“ Diese Zeilen werden bedeutungsvoll, wenn man weiß, dass in den Ritualen der höheren Weihe im Teufelskult dem Kandidaten ein verzaubertes Schwert verkauft wird, das Erfolg zusichert. Er bezahlt dafür, indem er mit Blut aus seinen Adern einen Schwur unterschreibt, dass seine Seele nach dem Tod dem Teufel gehören wird.“

Abschaffung der Religion

Ebenso gab Marx zum Besten: „**Die Aufhebung der Religion, als des illusorischen Glücks des Volkes, ist die Forderung seines wirklichen Glücks.** Es muss die Illusion über seinen Zustand aufgeben, der der Illusion bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.“ Letztlich wandte sich Marx gegen die Religion, weil sie die Erfüllung des kommunistischen Ideals behinderte. Zudem bekannte er, **der „größte Hasser des sogenannten Positiven“ zu sein! Er trat als Revolutionär im Namen Satans gegen die Gesellschaft an.** Dementsprechend war es nicht verwunderlich, dass Jahrzehnte später, nämlich 1871, als die kommunistische Revolution in Paris ausbrach, der Kommunarde Flourende erklärte: „**Unser Feind ist Gott. Gotteshass ist der Anfang der Weisheit.**“ **Ganz im Sinne von Marx, der die totale Abschaffung Gottes und seiner Verehrung anstrebte. Auch sein Mitstreiter Friedrich Engels schloss sich dem an, alle Religion und Moral abzuschaffen.**

„Satan der Große“

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass auch in Marx Familie satanistische Ideen verbreitet wurden. So heiratete etwa seine Lieblingstochter Jenny Julia Eleanor mit seiner Zustimmung den englischen Sozialisten und Freidenker Edward Bibbins Aveling. Dieser hielt Vorträge über Themen wie beispielsweise „**Die Schlechtigkeit Gottes.**“ Darin versuchte er zu beweisen, dass Gott ein „Befürworter der Polygamie und ein Anstifter zum Diebstahl“ sei. **Er vertrat das Recht auf Blasphemie.**

In den Kreisen, in denen sich Aveling aufhielt, wurden Gedichte wie diese gelesen: „Ungezügelt und verwegen sollen meine Verse aufsteigen zu dir, **o Satan,** König des Banketts.

Hinweg mit deiner Besprengung, oh Priester, und deinem Geleier, Denn nie soll **Satan**, o Priester, hinter dir stehen. Dein Atem, o **Satan**, inspiriert meine Verse, wenn ich aus meiner Brust den Göttern trotze. Von den priesterlichen Königen und unmenschlichen Königen. Dein ist der Blitz, der die Gemüter erzittern lässt. O Seele, die da wandert weit vom geraden Wege, **Satan ist gnädig**. Sieh Heloise! Wie der Wirbelwind seine Flügel entfaltet, geht er vorüber, o Volk, **Satan der Große!** Heil dem Verstande, dem großen Rechtfertiger! Geheiligt sollen aufsteigen zu dir Weihrauch und Schwüre! Du hast den Gott des Priesters entthront.“

Zu Marx‘

Hass auf Gott, den christlichen Glauben und die Kirche sowie sein Bestreben, die Gesellschaft „umzuwerten“, gehört auch sein Kampf gegen die Familie. So sagte er einmal: **„Das Geheimnis der Heiligen Familie ist die irdische Familie. Um erstere zum Verschwinden zu bringen, muss letztere theoretisch und praktisch vernichtet werden.“**

Doch von alledem ist bei den Linken, Grünen, Sozialisten und Kommunisten, die Marx unheilvoller Ideologie huldigen, öffentlich nichts zu hören!

„Geschlechts-Konstrukt“ – Sozialrevolutionäre Grundlagen der Frühsexualisierung

Die sogenannte „Frühsexualisierung“ als Bestandteil des allgegenwärtigen Gender-Wahns ist keine Erfindung der Neuzeit. Vielmehr wurde diese Familien- und kinderfeindliche Agenda schon im 20. Jahrhundert akribisch vorbereitet.

Gemeinsam mit Friedrich Engels ist Karl Marx der bekannteste Vertreter der sozialistischen und kommunistischen Ideologie. Wie im Artikel zuvor dokumentiert, **bekämpfte Marx auch die herkömmliche Familie, die er „praktisch vernichtet“ wollte. Und das mit weitreichenden Folgen bis heute!**

Das biologische Geschlecht als „soziales Konstrukt“

Der marxistische historische Materialismus kommt zu dem Schluss, dass Kultur ein soziales Produkt, ein soziales Instrument und ein sozialer Prozess ist, der aus der Konstruktion und Verwendung durch soziale Gruppen mit unterschiedlichen sozialen Erfahrungen und Identitäten, einschließlich Geschlecht, Rasse, sozialer Klasse und mehr, resultiert.

Dementsprechend sollte laut den Kulturrevolutionären der Mensch nach dem eigenen Bilde neu erschaffen werden, geprägt von der Umkehrung der Werte einer neuen Sittenkultur sowie dem Konterkarieren der Biologie, der Sexualwissenschaft und der Religion. **Hier nahm die irrige Annahme, auch das Geschlecht sei ein „soziales Konstrukt“, seine Anfänge.**

„Sexualrevolutionär“ Wilhelm Reich

Auch alle späteren „Sexualrevolutionäre“ des 20. Jahrhunderts haben ihre geistigen Wurzeln im familienfeindlichen Sud des Marxismus. Wie etwa Wilhelm Reich (1897-1957), österreichisch-ungarischer Arzt und Psychoanalytiker, der mitunter dem Kreis um Sigmund Freud, dem Begründer der Psychoanalyse, angehörte.

1920 war Reich in die Wiener Psychoanalytische Gesellschaft eingetreten. Von 1922 bis 1928 leitete er *das Seminar für psychoanalytische Therapie* und war sexualaufklärerisch tätig. Insbesondere beschäftigte er sich mit politischen Aspekten „sexueller Unterdrückung.“ **Reich führte sogar neurotische Verhaltensweisen auf sexuelle Störungen zurück, die durch autoritäre Erziehung verursacht würden. Destruktives Verhalten wiederum von einer von Kindheit an unterdrückten Sexualität.**

Nicht verwunderlich also, dass er mit diesem irrsinnigen Gedankengut 1928 in die Kommunistische Partei eintrat, von der er später jedoch ausgeschlossen wurde. Dafür gründete er die *Sozialistische Gesellschaft für Sexualberatung und Sexualforschung* und 1930 in Berlin den deutschen *Reichsverband für Proletarische Sexualpolitik (Sexpol)*. Von Freud übernahm er die „Libidotheorie“ als Reichsche „Orgasmustheorie“. Dieser nach brauche jeder Mensch dreimal in der Woche einen Orgasmus, um gesund zu sein **und um als „revolutionäres Subjekt“ eine klassenlose Gesellschaft aufbauen zu können.**

Auch Wilhelm Reich war ein ausgesprochener Feind der herkömmlichen Ehe, die er „Zwangsehe“ und „Zwangsfamilie“ nannte. Er betrachtete Ehe und Familie als „Erziehungsapparat.“ Beides musste zerstört werden, und zwar mit dem Mittel der Sexualisierung der Massen, insbesondere aber der Kinder.

Konkret äußerte er sich: „Die patriarchalische Familie ist die strukturelle und ideologische Reproduktionsstätte aller gesellschaftlichen Ordnungen, die auf dem Autoritätsprinzip beruhen. Wir diskutieren nicht die Existenz oder Nicht-Existenz Gottes, **wir eliminieren einfach die sexuelle Repression (Sexualunterdrückung) und lösen die infantilen Bindungen an die Eltern auf.**“ Tatsächlich dachte Reich weiter, denn durch die damit in Gang gekommenen Dynamiken würden sich die subversiven, die zersetzenden Ziele von selbst erledigen.

Der Grundstein der Frühsexualisierung

Solche Dynamiken gehen heute mit der Frühsexualisierung und der Genderisierung der Gesellschaft ebenfalls vonstatten. Wie Reich erkannten und erkennen die heutigen Verantwortlichen für die Transgender-Agenda, **das die Sexualisierung (vor allem der Kinder) das Vehikel ist, um die Beziehungen zu den Eltern und die Familie zu zerstören.** Infolge damit die bestehende Ordnungsstruktur der gesamten Gesellschaft! Reichs Meinung nach waren **sexuell aktive Kinder natürliche Revolutionäre, die gegen die Autorität (sprich die Eltern) rebellieren.** Ferner wollte er die „sexualverneinende und verleugnende Erziehung“ beseitigen, **um Kinder und Jugendliche durch Sexualisierung aus dem Familienverband zu lösen.** Dazu propagierte Reich Onanie als „Ausweg aus den Schäden der Abstinenz und Geschlechtsverkehr ab der Pubertät.“

„Kultur-Sexualisierer“ Sigmund Freud

Auch Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt, Neurophysiologe, Tiefenpsychologe, Kulturtheoretiker, Religionskritiker und Begründer der Psychoanalyse), bekannt durch Aussagen über den „Ödipus-Komplex“, den „Penisneid“ oder die „Kastrationsangst“, spielte eine große Rolle bei der Thematik dieser Betrachtung.

Die deutsche Publizistin Gabriele Kubly schrieb in ihrem wegweisenden Buch *Die globale sexuelle Revolution – Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit* (S. 54, 55) dazu: „Die sexuellen Wünsche des Kindes richteten sich (Freud nach/GG) auf das Elternteil des entgegengesetzten Geschlechts, während es den gleichgeschlechtlichen Elternteil als Rivalen betrachte und ihm gegenüber Eifersucht und Hass empfinde.“ Außerdem rechnete Kubly mit

Freud ab: „Es war das Leben eines großen Geistes, der mit Sprachgewalt psychologische Theorien formulierte, welche im zwanzigsten Jahrhundert **wesentlichen Anteil daran hatten, das christliche Wertefundament zu demontieren und die Kultur zu sexualisieren.**“

Doch die Perfidie der Indoktrination einer neuen Sexual-Agenda, speziell gegen Kinder, geht noch viel weiter.

„Elternliebe-Beseitiger“ John Broadus Watson

John Broadus Watson (1878-1958, US-amerikanischer Psychologe und Begründer des Behaviorismus) sah im Menschen ein „formbares Objekt“, welches durch positive und negative Stimuli (Reize, welche eine Reaktion hervorrufen) konditioniert, also „abgerichtet“ werden konnte. **Da der Mensch immer weniger durch Religion, Tradition und Moral geprägt und gebunden war, musste und konnte er nun „neu konditioniert“ werden. Und je jünger ein Mensch war, umso besser konnte genau das gelingen.** Dementsprechend führte Watson verschiedene Experimente durch.

Beispielsweise konditionierte er „Furcht“ bei einem elf Monate alten Säugling. Und zwar so: Der kleine „Albert“ fürchtete sich keineswegs vor einer zahmen Ratte, mit der er häufig in seinem Zimmer spielen durfte. **Doch Watson wollte dies experimentell ändern.** Indem er nahe dem Ohr des Babys laut auf eine Eisenstange schlug, erzeugte er starken Lärm, der bei Albert Erschrecken und Tränen auslöste. Die Konditionierung, die „Abrichtung“ bestand nun aus wiederholten Koppelungen von konditionierten und unkonditionierten Reizen (Stimuli). So wurde dem Baby die Ratte gezeigt und gleich danach ertönte der Lärm. Nach wenigen Wiederholungen begann Albert schon alleine beim Anblick des Nagetiers zu weinen, noch bevor der Krach überhaupt aufklang. Letztlich war es Watson mit seinem barbarischen Versuch gelungen, bei dem Säugling eine sogenannte „experimentelle Neurose“, also einen in einer künstlichen Laborumgebung herbeigeführten abnormalen Verhaltenszustand zu erzeugen. Sprich eine psychische Störung, bei der keine körperlichen Ursachen vorliegen. In der Folge hatte Baby Albert auch Furcht vor anderen pelzigen Objekten, einschließlich eines Kaninchens. Die Reaktion (in diesem Beispiel die Furcht des Kindes) kann durch die Zunahme der Stärke des Reflexes weiter bekräftigt werden, er wird sozusagen „eingeschliffen.“

In Watsons 1928 veröffentlichtem Buch *Psychologische Betreuung von Säuglingen und Kindern (Psychological Care of Infant and Child)* propagierte er, **Elternliebe und tradierte Erziehungsnormen durch „wissenschaftliche Verhaltenssteuerung“ zu ersetzen.** Im Sinne dieses Gedankengutes wurden Psychologen zu „Sozialingenieuren.“

„Feministinnen-Göttin“ Simon de Beauvoir

Weitere Namen stehen auf der Liste derjenigen, die **die sexuelle Umwertung aller Werte** vorangetrieben haben. Darunter auch die französische Schriftstellerin, Philosophin und Feministin Simone de Beauvoir (1908-1986). Der Feminismus diente dafür ebenfalls als Steigbügelhalter. Mit ihrem Welterfolgs-Roman *Das andere Geschlecht* wurde Beauvoir und ihre Beziehung zu ihrem langjährigen Partner, dem französischen Romancier, Dramatiker, Philosophen und Religionskritiker Jean Paul Sartre, zum „Rollenmodell für freie Liebe.“

In *Das andere Geschlecht* wollte sie die Fesseln der patriarchalen Unterdrückung abstreifen und der „Sklaverei der Mutterschaft“ entfliehen: **„Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es.“ Für Beauvoir war Schwangerschaft eine „Verstümmelung“ und der Fötus ein „Parasit“, „nichts wie Fleisch.“**

Gabriele Kuby erklärte dazu (S. 66): „Das Programm des radikalen Feminismus war formuliert: **Absage an moralische Normen für die Sexualität, Absage an Ehe, Mutterschaft und Familie, Abtreibung als ‚Menschenrecht‘** der Frau, die erwerbstätige Frau als einziges Leitbild, Machtkampf gegen den Mann.“

In der Folge wurde der Feminismus ein Vorreiter für die Abkehr von der Heterosexualität, der Zerstörung von Familie und christlichem Glauben sowie der herkömmlichen gesellschaftlichen Strukturen als Einheit von Mann und Frau: **Kampf gegen die Ehe, gegen das Kind und gegen die Frau als Mutter, aber für eine Deregulierung der Sexualität – so sollte eine Gesellschaftsumwandung vonstattengehen.**

Kuby resümierte folgerichtig (S. 67, 79): „**Linke, atheistische Intellektuelle bereiteten das ideologische Saatbeet, die Medien betrieben die Sexualisierung der Massen, Psychologen und Sozialwissenschaftler, berauscht von der Macht, den Menschen und die Gesellschaft nach ihren Zielen formen zu können**, lieferten die Methoden des *social engineering* (soziale Manipulation/GG), die Rockefeller und Fords stellten das nötige Kapital zur Verfügung, die politischen Institutionen wurden zu Vollstreckern des Programms (...)“.

Frankfurter Schule und ihre Folgen

Dieses Ziel verfolgte auch die sogenannte *Frankfurter Schule*, eine Bezeichnung für eine Denkschule, deren Zentrum das 1923 in Frankfurt gegründete *Institut für Sozialforschung* darstellte. Eigentlich wollte dieses eine kritische Theorie hinsichtlich der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln.

1933 gingen ihre Vertreter ins Exil nach New York und kehrten 1950 nach Frankfurt zurück. Dort setzen sie ihre Studien fort und prangerten das Scheitern der Vernunft der Aufklärung, die Destruktivität des Fortschritts sowie die Missachtung des individuellen Glücks an.

Zumeist verschwiegen: Anhänger – wie etwa Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Erich Fromm, Leo Löwenthal, Walter Benjamin, Herbert Marcuse, Ernst Bloch etc. – **huldigten dem Marxismus und beriefen sich zudem auf Sigmund Freud. An für sich schufen sie eine Verbindung zwischen marxistischer Theorie und Freudscher Psychoanalyse, mit dem Ziel, die Gesellschaft nach kommunistischen Vorgaben zu verändern.** Wie bereits erwähnt hieß, und heißt das nichts anderes als **die Abschaffung des Privateigentums, die Zerstörung der Religion und der Familie.** Außerdem wurde kundgetan, dass die „**autoritäre Persönlichkeit**“, hervorgebracht durch eine „**autoritäre Familie**“ „**potenziell faschistisch**“ sei. Letztlich sollte mit diesem kruden Gedankenbild nichts anders als die **Dekonstruktion, die Auflösung der Familie legitimiert werden.** Ganz nach dem Motto: „**Macht kaputt, was euch kaputt macht! Kampf der bürgerlichen Kleinfamilie! Wer zweimal mit der Gleichen pennt, gehört schon zum Establishment! Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren!**“

„US-Geheimdienst-Spitzel“ Herbert Marcuse

Ein Anhänger der Frankfurter Schule, der deutsch-amerikanische Philosoph, Politologe und Soziologe Herbert Marcuse (1898-1979), der an Marx' „Reich der Freiheit als sozialistischer Gesellschaftsform“ festhielt, war einer der wichtigsten Theoretiker der studentischen Protestbewegung. Wenig bekannt: Marcuse war auch in der Forschungs- und Analyseabteilung (*Research and Analysis Branch*) des US-amerikanischen Militärnachrichtendienstes *Office of Strategic Services (OSS)* für den Dienst im antifaschistischen Kampf tätig. Konkret in der Mitteleuropa-Sektion mit weiteren vierzig Analytikern unterschiedlicher politischer und kultureller Herkunft, unter der Leitung von Eugene N.

Anderson. Danach arbeitete Marcuse für die 1946 gegründete OSS-Nachfolgeinstitution *Office of Intelligence Research* (Amt für Nachrichtenwesen), das dem US-Außenministerium unterstellt war. Und ebenso bis 1951 für das *Komitee der Kommunistischen Internationale* (*Committee on World Communism (CWC)*). Zeitweise sogar als Europasektionsleiter, der wissenschaftliche Ergebnisse in den Diensten der psychologischen Kriegsführung austüftelte.

Dieser US-Geheimdienstspitzel lieferte mit seinem Buch *Triebstruktur und Gesellschaft* weitere Impulse zur Zerschlagung der Familie. So plädierte Marcuse beispielsweise die Abschaffung des „Leistungsprinzips“ für ein „Lustprinzip“, forderte zur Intoleranz all dessen auf, was den revolutionären Werteumsturz behindern könnte, sprich das „schrakenlose Ausleben“ des Sexualtriebes, um eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu schaffen.

Wohin dieses krude Gedankengut führte, zeigte beispielsweise die „Kommune I und II“ in Berlin. Darin wurde „Sex aller mit allen, ganz ohne bürgerliches Besitzstreben“ propagiert. Selbst wenn Kinder das „wollten“ sollte man es ihnen nicht verwehren. Damit war das Tor zu Pädophilie und Päderastie meilenweit aufgestoßen. Übrigens argumentierten in den 1980er/1990er-Jahren genauso auch die GRÜNEN und die „Humanistische Union.“ Hinzu kamen sogenannte „Kinderläden“ als Experimentierfeld „antiautoritärer Erziehung“ zur „Schaffung des neuen Menschen“ (Kuby, S. 72).

Mit der Neukalibrierung sexueller Normen soll ein „anderer“ Mensch geschaffen werden

Mit der Hippie-Subkultur wurden Popmusik, Haschisch und psychodelischen Drogen gesellschaftsfähig gemacht. Der Leitspruch des Woodstock-Festivals von 1969, „make love not war“ („Macht Liebe statt Krieg“) sagt alles darüber aus. Hand in Hand ging damit die esoterische Bewegung/Strömung des „New Age (Neues Zeitalter)“, die verhieß, „ohne die Sklavenmoral des Christentums“ göttliche Bewusstseinszustände und die Erfüllung aller irdischen Wünsche erlangen zu können. **Kurzum die „okkulte“ sexuelle Befreiung mit der Stimulierung des Sexualtriebes, ließ das jüdisch-christliche Wertefundament der abendländischen Kultur einstürzen. Mit der Transgender-Agenda wird diesem nun auch noch der sprichwörtliche „letzte Rest“ gegeben.**

Kuby (S. 74): „**Die sexuellen Normen sind von größtem öffentlichen Interesse, denn sie haben machtvollen Einfluss auf das Wohl und Wehe der Gesellschaft (...). Aus diesem Grund sind die sexuellen Normen in allen Gesellschaften strengen sozialen und juristischen Sanktionen unterworfen (...).** Nun werden wir Zeugen, dass auch die libertären Normen mit den Mitteln des Strafrechts erzwungen werden sollen.“ Denn, „**ein in der Religion und in der Familie verankerter Mensch ist schwer zu manipulieren. Erst müssen der moralische Anker des Glaubens an Gott und der soziale Anker in der Familie gelichtet werden,** um die Menschen mit den Ködern von absoluter Freiheit und beliebiger sexueller Befriedigung verführen zu können.“

Letztlich landen wir bei dieser kurzen Zeitreise also bei der unsäglichen Gender-Theorie. Um eine Umkonditionierung, eine Art „Alternativverhalten“ der Massen in diesem Sinne zu erreichen, musste der alte Begriff *sex*, der im englischen für *Geschlecht* steht (und damit herkömmlich für *Mann* und *Frau* und ihrer angeborenen, biologischen Geschlechts-merkmale) beseitigt werden. Und zwar für das Wort *gender*. **Denn jenes soll nun nicht mehr für das biologische Geschlecht, sondern für ein soziales, ein konstruiertes Geschlecht stehen.**

Die sozialrevolutionäre Gender-Ideologie

„Der Begriff *Gender* wurde eingeführt, um (...) durch politischen Kampf die Geschlechtspolarität zu ‚veruneindigen‘, zu ‚destabilisieren‘, zu ‚dekonstruieren‘. Dies sollte zum Mainstream werden, zum nicht hinterfragten *Zeitgeist* (Kuby, S. 80).“

Das war und ist nichts anderes als die **Verneinung der Natur und ihrer (biologischen) Vorgaben** bezüglich der rund drei Millionen Jahre – oder noch länger, die Wissenschaftler sind sich diesbezüglich nicht einig – während der Evolution des Menschen.

FAZ-Redakteur Volker Zastrow schrieb in seinem Buch *Gender – Politische Geschlechts-umwandlung* folgerichtig dazu: „Was ‚Gender Mainstreaming‘ (Gleichstellung der Geschlechter/GG) bedeutet, können oder wollen selbst Leute nicht vernünftig erklären, die es wissen mussten. Das hat wohl Methode. **Denn die Gender-Theorie ist eine sozialrevolutionäre Ideologie, die darauf zielt, die Geschlechterrollen zu zerstören – weil sie diese Rollen für künstlich, also beliebig formbar hält.**“ Und: „... das ‚Mainstreaming‘-Konzept ist eine politische Technik, die das durchsetzen soll. Die EU hat sie sich zu eigen gemacht, die Bundesrepublik Deutschland inzwischen auch. Was heute die Politik bestimmt, begann vor vierzig Jahren in Baltimore mit einem unverantwortlichen Menschenversuch, der in menschenverachtender Weise ausgeschlachtet wurde.“

Letztlich will das „Gender Mainstreaming“, die Gleichstellung der Geschlechter, nicht weniger als durch die Zerstörung der traditionellen Geschlechterrollen einen „neuen“ Menschen schaffen. **Einer, der sein von der Natur vorgegebenes Geschlecht und seine sexuelle Orientierung selbst wählen soll. Oder anders ausgedrückt: Der willkürlich entscheidet, ob er oder sie, Mann oder Frau sein will, heterosexuell, schwul, lesbisch, bisexuell, transsexuell etc..**

Auch queer ist ein Transgender-Kampfbegriff. Noch einmal Kuby (S. 85): „Das Wort *queer* soll die Gefangenschaft in Begriffen aufheben, welche selbst in der Negation der Heterosexualität diese doch immer noch voraussetzen, wie lesbisch, schwul, bi- und transsexuell. Queer ist einfach alles, was nicht *straight* (heißt „gerade“, gemeint ist „heterosexuell“/GG) ist. **Die Polarität von Hetero- und Homosexualität soll beseitigt werden zugunsten einer vollständigen Auflösung der geschlechtlichen Identität**, weil erst dann die ‚Hegemonie der Zwangsheterosexualität‘ gänzlich überwunden wird und der Mensch die völlige Freiheit der Selbsterfindung erlangt.“

Und so wundert es keinen mehr, dass aufgrund dieser kruden Gedanken die Agenda der sogenannten „Frühsexualisierung“ unserer Kinder in die Kindergärten und Schulen einzieht, um einen „neuen Menschen“ nach marxistischer Ideologie zu kreieren. Schließlich wurde dies über Jahrhunderte hinweg vorbereitet!

Verschwiegen: So „finanzierten“ drei US-Milliardäre die Klimawandel-Panik!

Die Panikmache um die angebliche Klimakatastrophe nimmt stetig zu. Dahinter steckt jedoch eine ökosozialistische Agenda, die wenige reich und viele arm macht. Kaum bekannt ist, dass die Initiatoren und Finanziere des Klimawahns drei US-Milliardäre waren, die den Grundstein dafür legten. Dies ist die unerzählte Geschichte, wie Reichtum, Macht und Irrtum die Klimawissenschaft korrumpierte, um politische Ziele zu verfolgen.

Es ist ganz sicher kein Zufall, dass die System-Medien, die Politik und die Wissenschaft täglich aufs Neue die Bürger mit Klima- und Wetter-Katastrophendarstellungen bombardieren. Demnach soll die scheinbare „Klima-Apokalypse“ beziehungsweise der „Klima-Kollaps“ kurz bevorstehen und wird – wenn nicht endlich mit den Maßnahmen dagegen gesteuert wird, welche die globalen Ökosozialisten vorgeben – die Erde unbewohnbar machen. **Mit dieser „Tour de Force des Schreckens“ wird seit Jahren Angst und Panik verbreitet, um die Menschen zu maßregeln, zu kontrollieren und ihnen das sauer verdiente Geld aus der Tasche zu ziehen.**

Die „edle Lüge“ von der Klima-Apokalypse

Renommierte Forscher, die nicht dem herkömmlichen Wissenschafts-Mainstream-Klüngel angehören, schütteln über die Klima-Panikmache nur den Kopf. Wie beispielsweise der US-amerikanische Physiker und Professor an der *Wayne State Universität* in Detroit, Dr. Ralph B. Alexander. In dem von ihm für die *Global Warming Policy Foundation* (Stiftung für globale Erwärmungspolitik) im Jahr 2024 veröffentlichten Extremwetterbericht („Weather Extremes in Historical Context“) weist er darauf hin, **dass ein großer Teil der Schuld an der irrigen Annahme, solche Ereignisse würden sich verschlimmern, den Mainstream-Medien zugeschrieben werden könne. Denn diese seien eifrig bedacht, die neueste Klimaangst zu verbreiten.**

Dr. Ralph B. Alexander argumentiert, dass das Versäumnis der Klimareporter, die heutigen Extreme in eine echte historische Perspektive zu rücken, „zu der Annahme beiträgt, dass Wetterextreme zunehmen, **obwohl dies nicht der Fall ist**“. **Die ständige Wiederholung eines falschen Glaubens könne im Laufe der Zeit die Illusion der Wahrheit erzeugen.** Ein Phänomen, das Psychologen wohlbekannt sei und von Propagandisten ausgenutzt würde. Mitunter könne die Unwahrheit sogar zu einer „edlen Lüge“ werden, wenn sie für politische Zwecke missbraucht würde.

In der Tat sind „extreme“ Wetterereignisse die wichtigsten Propagandainstrumente, mit denen die Weltbevölkerung dazu gebracht werden soll, das kollektivistische „Netto-Null-Projekt“ zu akzeptieren. Gemeint ist, negative Emissionen auszugleichen, indem diese aus der Atmosphäre entfernt werden, um Kohlenstoffneutralität zu erreichen. Dabei wollen die Verantwortlichen dieses Narratives, dieser Erzählung, eines unter allen Umständen verhindern: **Dass die Menschen begreifen, dass die Temperaturen** sowohl in der nahen als auch in der historischen und paläoklimatischen Aufzeichnung (gemeint ist vor der Entwicklung von Messinstrumenten, für die nur indirekte Daten verfügbar sind) **steigen, fallen und pausieren.** Dies wiederum steht größtenteils im Widerspruch zu den Auswirkungen des Spurengases Kohlendioxid.

Doch diese große, diese globale Täuschung entstand nicht im sprichwörtlich luftleeren Raum, sondern mitunter in den Hirnen von drei US-Milliardären, die damit die eigentlichen Initiatoren des unsäglichen Klimawahns sind. Nur (fast) keiner weiß das!

Wie drei US-Milliardäre den „Klima-Wahn“ erfanden

Und so fing die bis heute weitgehend im Mainstream verschwiegene Geschichte an: Im Jahr 2012 lud der Hedgefonds-Manager Tom Steyer verschiedene Umweltschützer sowie Führer der Demokratischen Partei auf seine Ranch im kalifornischen Pescadero ein. Unter den Anwesenden waren mitunter Bill McKibben, der Gründer von *350.org*, einer internationalen Klimaschutz-Organisation, die eine weltweite Graswurzelbewegung zum Klimaschutz aufbauen will, sowie John Podesta, der 2003 das *Center for American Progress* (CAP)

gründete, um fortschrittliche Anliegen zu fördern. Im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 soll Podesta in die sogenannte „Pizzagate-Verschwörung“ verwickelt gewesen sein, die jedoch als Verschwörungstheorie und Verleumdungsaktion abgetan wurde. Danach fungierte Podesta als „Klimabotschafter“ von US-Präsident Joe Biden.

Bei dem Treffen auf Steyers Ranch sollte der Frage nachgegangen werden, **wie man den Klimawandel für die Menschen real und unmittelbar spürbar machen könnte**. Die Teilnehmer waren davon überzeugt, dass dies am besten gelänge, **wenn man die Geldbeutel der Menschen durch die Ökonomie der Klimaauswirkungen belaste**. Daraus sollte ein Projekt entstehen.

Im Anschluss traf sich Steyer mit dem grünen Aktivist Michael Bloomberg (lange Jahre Bürgermeister von New York), dem Republikaner Hank Poulson (dem früheren Geschäftsführer von Goldman Sachs und US-Finanzminister unter George W. Bush). Alle drei steuerten jeweils 500.000 US-Dollar zu dem geplanten Projekt bei, **dessen Ziel darin bestand, die „Klimabedrohung für die Geschäftswelt real, unmittelbar und möglicherweise verheerend wirken zu lassen.“** Diesbezüglich sollten eine Reihe von Berichten erstellt werden, die sich auf mehrere junge Akademiker und das Fachwissen externer Berater der *Rhodium Group* stützten, einem unabhängigen Forschungsanbieter, der politisches Expertenwissen und datengesteuerte Analysen kombiniert, um Entscheidungsträgern bei der Bewältigung globaler Herausforderungen zu helfen. Ebenso von solchen von *Risk Management Solutions*, einem Entwickler von Finanz- und Risikomanagementsoftware für Versicherer, Rückversicherer, Finanzdienstleistungsorganisationen und den öffentlichen Sektor.

Die „Klimawandel-Panik“ kommt in Fahrt

Der erste Bericht mit dem Titel „Risky Business: The Economic Risks of Climate Change in the United States“ („Risikogeschäft: Die wirtschaftlichen Risiken des Klimawandels in den Vereinigten Staaten“) wurde 2014 veröffentlicht und stellte die Wirtschaft in den Mittelpunkt der Klimapolitik. Dieser konzentrierte sich auf sogenannte „Representative Concentration Pathways“ (RCPs), sprich Emissionsszenarien, die aus den vielen Hunderten bereits existierenden abgeleitet wurden, um eine hohe, eine niedrige und zwei mittlere Prognosen darzustellen. Speziell das „RCP8.5-Szenario“ sollte zum größten Ausmaß des Klimawandels führen. Jenes stellt offenkundig dar, wie die Welt aussehen würde, wenn **keine Klimapolitik** verabschiedet werden würde. Darin heißt es nahezu apokalyptisch, dass dann bis zum Ende des 21. Jahrhunderts erwartet wird, dass es zwischen 2080 und 2099 einen unglaublichen Temperaturanstieg von 8 Grad Celsius in den Vereinigten Staaten gebe, was wiederum einen 10-prozentigen Einbruch der Wirtschaft bedeuten würde. Der scheinbar drohende gigantische BIP-Verlust wurde sogar ein Jahr später als die wichtigste Schlussfolgerung des US-amerikanischen *National Climate Assessment (NCA)* thematisiert. Die NCA ist eine Initiative innerhalb der US-Bundesregierung, die sich auf die Wissenschaft zum Klimawandel konzentriert und unter der Schirmherrschaft des *Global Change Research Act* von 1990 gegründet wurde. Dieses US-Gesetz schreibt mitunter Forschungen zur globalen Erwärmung vor.

Das falsche „Horror-Szenario“ der Klimakatastrophen-Jünger

Allerdings stellt gerade das so eifrig propagierte RCP8.5-Szenario nicht nur eine unplausible Zukunft im Jahr 2100 dar, sondern auch eine Gegenwart, die bereits erheblich von der Realität abweicht. Sogar in *Nature*, der führenden internationalen Wochenzeitschrift für Wissenschaft, wurde im Januar 2020 kommentiert, dass die im RCP8.5 vorgestellte Welt mit jedem Jahr immer unglaubwürdiger werden würde. **Das Magazin warnte davor, dieses Worst-Case-**

Szenario für die Klimaerwärmung als wahrscheinlichstes Ergebnis zu betrachten. Dennoch gelang es, den „Risky Business“-Bericht, in dem das verheerende RCP8.5-Szenario geschildert wird, **mit einer „raffinierten Kampagne“ in die wissenschaftliche Mainstream-Literatur einzuführen, wo es sozusagen ein Eigenleben entwickelte.** Selbst die renommierte Fachzeitschrift *Science* veröffentlichte 2016 und 2017 Artikel aus dem „Risky Business“-Projekt, **in dem diese falschen Vorstellungen vertreten wurden.** Zighunderte weitere folgten in der wissenschaftlichen Literatur. **Somit verbreiteten sich die irreführenden und verheerenden Klimaszenarien wie ein Virus in der gesamten Klimawissenschaft, entarteten gar zu einer Formel, die stetig wiederholt wurde.**

Schon zuvor bildete das von Steyer-Bloomberg-Paulson finanzierte Projekt kurz nach der Veröffentlichung des ersten „Risky Business“-Berichts im Jahr 2014, die Grundlage für elf Vorträge auf der Jahrestagung der *American Geophysical Union* in San Francisco, der größten jährlichen Zusammenkunft von Klimaforschern. Mehr noch: **Die fehlerhaften Methoden und Annahmen verbreiteten sich bis hin zu politischen und wissenschaftlichen Bewertungen und setzten sich überall durch.** Zu dieser Einschätzung jedenfalls kam Gary Yohe, Professor für Wirtschafts- und Umweltstudien der *Huffington Foundation* (Stiftung) an der Wesleyan Universität, der seit vielen Jahren in der Klimabewertung tätig ist, bereits 2015. Staaten und Städte übernahmen diesen Ansatz, ebenso wie die *National Academy of Sciences* (Nationale Akademie der Wissenschaften) und das *National Climate Assessment*, eine Initiative der US-Regierung, die sich auf der Erforschung des Klimawandels konzentriert. Das war und ist eigentlich unfassbar!

So geht die Hetze vom Klima-Weltuntergang weiter

Doch damit nicht genug: Das zu Beginn von den Milliardären Steyer-Bloomberg-Paulson begonnene Projekt wurde anschließend von der *Climate Impact Lab* übernommen, einer gemeinnützigen Organisation mit dem Ziel, die Auswirkungen des Klimawandels auf Menschen zu messen und zu kommunizieren, um eine effektive Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Die Gründer von *Climate Impact Lab* sind wiederum am *Energy Policy Institute* (Institut für Energiepolitik) der Universität von Chicago, der Universität von Kalifornien (Berkeley), der *Rhodium Group* und der *Rutgers Universität* in New Brunswick zu finden. Dementsprechend geht die RCP8.5-Hetze erfolgreich in die nächsten Runden, denn **so wurde eine Reihe medienfreundlicher Studien erstellt, die extreme Klimaauswirkungen prognostizieren**, wie etwa: „Bis zum Jahr 2100 könnten in Indien 1,5 Millionen weitere Menschen aufgrund der extremen Hitze des Klimawandels sterben.“ Oder: „Der Anstieg des Meeresspiegels könnte Großstädte überschwemmen und fast 200 Millionen Menschen vertreiben.“ Oder: „Der Anstieg der klimabedingten Todesfälle wird alle Infektionskrankheiten übertreffen.“

Im Dezember 2019 sagte der Co-Direktor des *Climate Impact Lab* vor dem Kongress aus, dass die „sozialen Kosten von Kohlenstoff“ weitaus höher seien als frühere Schätzungen.

Der US-amerikanische Professor und Klimatologe Roger A. Pielke, Jr., machte hingegen klar: **„Die Praxis des Missbrauchs von RCP8.5 hat sich bis ins Jahr 2024 fortgesetzt.“** All dies würde vor aller Augen und in der Öffentlichkeit geschehen, auch wenn es durch Fachjargon und viele technische Details verdeckt werden würde. Und weiter klagte Pielke an: **„Die Korruption der Klimawissenschaft ist darauf zurückzuführen, dass einige unserer wichtigsten Institutionen uns im Stich gelassen haben.** Dem wissenschaftlichen Peer-Review-Verfahren (ein Verfahren zur Qualitätssicherung einer wissenschaftlichen Arbeit oder eines Projektes durch unabhängige Gutachter aus dem gleichen Fachgebiet) **ist es nicht gelungen, offensichtliche methodische Fehler in Forschungsarbeiten zu erkennen.**

Führende wissenschaftliche Gutachter haben Interessenkonflikte ignoriert und fehlerhafte Methoden übernommen. Die großen Medien waren selektiv uninteressiert hinsichtlich der Auswirkungen des großen Geldes in die Klimabefürwortung auf Klimawissenschaft, -bewertungen und -politik.“

So also basieren die meisten Horror-Szenarien über das angeblich bevorstehende Klima-Armageddon samt einer Wirtschaftskatastrophe auf der „Idee“ von drei wohlhabenden Männern, die ein Projekt zur Förderung eines Klima-Extremszenarios finanzierten.

Der Klimatologe Roger A. Pielke resümierte daher folgerichtig: „Es ist eine Geschichte von Privilegien und Selbstgefälligkeit – dem Privileg in der amerikanischen Demokratie, das damit einhergeht, unfassbar reich zu sein, und der Einbildung, dass Klimapolitik am besten dadurch verfolgt werden kann, dass man die wissenschaftliche Literatur zum Klimawandel korrumpiert.“

Verschwörung oder Fakt? Kampfbegriff „Lügenpresse“ (Teil 1)

Das „Unwort“ von der „Lügenpresse“, von den „Fake News“- oder „Lücken-Medien“ geistert vor allem in den alternativen Plattformen umher. Doch was ist dran, was ist Fakt und was Verschwörungstheorie? Eine Analyse ...

Unwort „Lügenpresse“

Die Bundeszentrale für politische Bildung – eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern – legt hinsichtlich „Lügenpresse“ dar: „2014 wird der Begriff (...) zum ‚**Unwort des Jahres**‘ erklärt. Da hat er bereits in AfD- und Pegida-Kreisen Karriere gemacht. Seither ist von ‚Staatsfunk‘, ‚System-Medien‘ und von ‚gekauften Journalisten‘ die Rede, vom ‚gleichgeschalteten journalistischen Establishment‘ im Fernsehen, Rundfunk und in den Zeitungen – vor allem dann, wenn es um Themen wie Flucht, Terrorismus und Integration geht (...)“ Und weiter: „Gemeint ist, dass ‚die da oben‘ systematisch mittels der Presse manipulieren und zu ihrem Vorteil ‚das Volk‘ betrügen sollen. **Der Begriff hat ein verführerisches Identifikations-Potential**, das sich für die Mobilisierung von Anhängerinnen und Anhängern gut eignet: Wir gegen die! Dieses Freund-Feind-Schema führt dazu, dass man der ‚Lügenpresse‘ eine vermeintliche ‚Wahrheitspresse‘ entgegensetzt (...)“

Der *Diskursmonitor*, eine gemeinschaftlich erarbeitete Online-Plattform zur Aufklärung und Dokumentation von strategischer Kommunikation, unterstellt ferner, dass der Begriff „Lügenpresse“ gegenwärtig von „Anhängern oder Unterstützern der Querdenker- und Reichsbürgerbewegung“ benutzt wird, meist mit „Verschwörungstheorien“ unterlegt. Zuvor jedoch wird klargemacht: **Der Vorwurf, dass die Presse lügt, wurde bereits Ende des 17. Jahrhunderts dokumentiert (...)** **Hingegen verwendeten katholisch-konservative Kräfte den Begriff Lügenpresse schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts**, um, wie es heißt, „den Einfluss einer erstarkenden freien Presse zu untergraben.“

Natürlich passt es dem hiesigen Medienkartell nicht, wenn man ihm sprichwörtlich auf die Finger klopft. **Insbesondere dann nicht, wenn bekannt wird, wie sehr die Systempresse unter der „Fuchtel“ der Politik agiert.** Ein Beispiel hierfür, das eigentlich nicht an die Öffentlichkeit dringen sollte, fand vor einigen Jahren statt. **Es steht sinnbildlich für die nachfolgenden**

politischen Eingriffe in die Medienberichterstattung wie etwa in der Flüchtlingskrise, der Corona-Pandemie, dem Klima-Wahn oder dem Ukrainekrieg. Merkels „Medien-Maulkorb“

Am 8. Oktober 2008 lud die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel die Chefredakteure der bedeutenden deutschen Medien ins Kanzleramt. Vielleicht wurden sie auch „einbestellt“, das ist in der Nachschau nicht mehr richtig herauszufinden. Es geschah jedoch just zu jener Zeit, in die der Ausbruch der Finanzkrise fiel. **Über dieses Treffen gab es allerdings später nicht viel zu lesen, eigentlich fast gar nichts.**

Einer der ganz wenigen Mutigen, Jakob Augstein, Journalist und Verleger, schnitt dieses „sonderbare Treffen“ erst rund zwei Jahre darauf in einem Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* vom 22. Juli 2010 an: „An einer Stelle liest man in dünnen Worten, worum es an diesem Abend im Kanzleramt ging: **Merkel bat die Journalisten, zurückhaltend über die Krise zu berichten und keine Panik zu schüren.**“

Das verhiess nichts anderes, als dass die Medien von höchster Regierungsstelle zu hören bekamen, dass sie mit ihrer Berichterstattung „keine schlechte Stimmung“ machen sollten, denn dazu wäre die Lage zu ernst.“ Augstein meinte weiter: „**Sie haben sich daran gehalten, die Chefredakteure. Noch im Februar 2009, vier Monate später, wunderte sich die taz über die Medien: ‚Sie halten die Bürger bei Laune, auf dass diese stillhalten‘ (...)**“.

Auf gut Deutsch: Die Kanzlerin, die zuvor noch die „freien Medien“ sozusagen als ein „Teil des Lebenselixiers jeder Demokratie“ bezeichnete, **verpasste der Presse einen Maulkorb.** Und das, nicht ohne die Medienvertreter um ihr Vertrauen zu bitten. **So sollte die Bevölkerung über die wahren Verhältnisse in der Krise hinweggetäuscht werden!** Dabei sollte es gerade umgekehrt sein: **Journalisten sollten Politikern misstrauen und Politiker Journalisten fürchten.** Und vor allem unabhängig sein, wie etwa der deutsche Journalist Kurt Kister bewies: Als ihm seinerzeit Gerhard Schröder, frischgebackener SPD-Bundeskanzler, in einem Berliner Restaurant gönnerhaft zurief, ihn doch mal in „seinem“ neuen Kanzleramt zu besuchen, soll Kister entgegnet haben: „Das ist nicht *Ihr* Kanzleramt, Herr Bundeskanzler.“

Politische und mediale „Doppelmoral“

Als im Juni 2024 Russland den Zugang zu 81 Medien aus der EU sperrte, war die Aufregung auf westlicher Seite groß. Das wäre ein „massiver Eingriff in die Meinungsfreiheit“ und würde „böse Erinnerungen an die Sowjetdiktatur“ wecken, hieß es da. Und schon wurde wieder eine neue Geschichte der „Lügenpresse“ kolportiert, denn was die hiesige Presse dabei vergaß zu erwähnen: **Gleich nach Ausbruch des Ukraine-Krieges ließ EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen russische Medien verbieten, allen voran den Sender RT und Sputnik.** Das weckte ebenso Erinnerungen an böse Zeiten, denn auch die Nazis verboten das Hören von Feindsender wie etwa der britischen BBC. Das war übrigens ebenfalls DDR-Tradition. So wie heute im linksliberalen Zeitgeist, in dem es für manche Beobachter kein einziges konservatives Thema mehr zu geben scheint, wo verschiedene Meinungen zulässig sind. Hinzu kommt, dass man doch sehr misstrauisch sein muss, was einem die Mainstream-Medien so alles auftischen. **Denn Beispiele für Fälschungen und Manipulationen gibt es wahrlich genug.** Nachfolgend einige wenige ...

1983: Die Medien fallen auf die angeblichen „Hitler-Tagebücher herein

Der wohl größte Medienbetrug und Presse-Skandal in den 1980er-Jahren gelang dem deutschen Maler, Kunstfälscher und Aktionskünstler Konrad Kujau durch die Fälschung angeblicher

„Hitler-Tagebücher.“ Im Mai 1983 verkaufte er diese, mit massiv geschönten Hitler-Bild, dem Nachrichtenmagazin *Stern* für sage und schreibe 9,3 Millionen D-Mark.

Kujau führte (fast) alle an der Nase herum

Dabei hatte er die Fälschungen nicht nur optisch (hergestellt mit einem erfundenen Hitler-Siegel, geschrieben mit handelsüblicher Tinte, mit Schwarztee und einem Bügeleisen auf alt getrimmt), sondern auch inhaltlich so perfekt aufbereitet, dass sich selbst seriöse Experten wochenlang täuschen ließen. Nur eine chemische Papieranalyse des Bundesarchivs in Koblenz brachte den Betrug ans Licht. Bis heute liegen die Originalbände der „Hitler-Tagebücher“ verschlossen im Safe beim *Stern*-Hausverlag Gruner + Jahr.

Auf der *Stern*-Pressekonferenz am 25. April 1983 tummelten sich noch Reporter aus der ganzen Welt, um über die Sensation zu berichten, bis die Fälschung schließlich aufflog. Kujau floh nach Österreich (Vorarlberg), stellte sich später jedoch mit seinem Anwalt der Polizei an der Grenze. Beim anschließenden Prozess wurde Kujau im Juli 1985 wegen Betrugs zu vier Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt, erkrankte allerdings an Kehlkopfkrebs und kam deshalb nach drei Jahren wieder frei. Er starb am 12. September 2000.

1990er-Jahre: Die Medien fallen auf gefälschte TV-Beiträge herein

Der deutsche Fernsehjournalist Michael Born wurde 1996 als „Filmfälscher“ entlarvt. Der „Kujau des Fernsehens“ lieferte in den 1990er-Jahren manipulierte Dokumentarfilme und Beiträge für profilierte TV-Magazine wie etwa *Stern TV*, *Spiegel TV*, *Magazin ZAK*, die teilweise unter „haarsträubenden“ betrügerischen Bedingungen gedreht wurden. Und das so geschickt, dass es jahrelang nicht auffiel!

Einige gestellte oder nachgestellte Stories seien an dieser Stelle erwähnt: Beispielsweise ein Bericht über Kindersklaven in Indien, die für IKEA-Teppiche knüpften, **die aber Teil einer eingefädelten Inszenierung** waren. Zum anderen eine Reportage über ein angebliches (neonazistisches) Ku-Klux-Klan-Treffen in der Eifel, **das Michael Born mit seinen Kumpels nachstellte.** Unvergessen auch die Beiträge über Bomben an der türkischen Küste, die **tatsächlich aber in Griechenland gedreht wurden** oder eine Reportage über einen Drogenkurier, anscheinend begleitet von einem Kamerteam von Basel nach Frankfurt. Nicht zu vergessen der TV-Beitrag über sogenannte „Krötenlecker“, bei dem es um ein berauschendes Krötensekret als neue Droge ging, die Deutschland angeblich überschwemmen würde.

Bei allen diesen „Inszenierungen“ gelang es Born wohl auch die „**Chefs vom Dienst**“ (CvDs) **und die Chefredakteure bei der Endabnahme vor Ausstrahlung zu täuschen.**

1996 musste sich Michael Born für 32 gefälschte Dokumentationen vor Gericht verantworten, von denen letztlich 16 nachgewiesen werden konnten. Dabei gab ein Kameramann in einer Verhandlungspause den vielsagenden Kommentar ab: „Wie Born arbeiten doch alle, **nur Born hat den Fehler gemacht, darüber zu reden.**“ Und Born ergänzte mehr oder weniger: „Für die Verletzung der Omerta musste ich bestraft werden.“

Schließlich wurde Michael Born wegen vollendeten Betrugs und in einigen Fällen wegen versuchten Betruges zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Dabei wogen schwerwiegender die im Zusammenhang mit der Herstellung der Filme von ihm begangenen anderen Delikte, wie etwa: Vortäuschung von Straftaten, Urkundenfälschung, illegale Einfuhr von Schusswaffen, illegaler Waffenbesitz, Sachbeschädigung, Fahren ohne Fahrerlaubnis, Aufstachelung zum Rassenhass, Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens von Verstorbenen sowie die Tötung eines Wirbeltieres (einer Katze) ohne ersichtlichen Grund.

Der Vorsitzende Richter kritisierte aber gleich auch die gesamte Medienzunft: Die „**Gier nach Einschaltquoten**“ der Redakteure, nach immer neuen Sensationen hätte sie im „süßen Irrglauben“ die Augen schließen lassen, so dass sie über „die gebotene journalistische Sorgfaltspflicht triumphiert“ hätte. **Und das, obwohl gerade die Mitarbeiter politischer Magazine eine besondere Verpflichtung hätten, sich um „Wahrheit und Wahrhaftigkeit“ zu bemühen. Die Bilder hätten gelogen, alles wäre ein ‚Betrug am Zuschauer‘ – aber strafrechtlich nicht relevant.“**

Übrigens: Schon 1997 konnte Born als Freigänger das Gefängnis wieder verlassen und lebte ab 2002 in Griechenland. 2019 starb er in Graz.

Der Fall Relotius – „Unwahrheitsjournalismus“ eines Nachrichtenmagazins

Claas Relotius war einer der erfolgreichsten bundesdeutschen Journalisten und überhäuft mit Reporterpreisen. Offenbar schrieb er immer genau das, was seine Redaktionen haben wollten oder erwarteten, je nach Sichtweise und Standpunkt. Allen voran das „Qualitäts-Nachrichtenmagazin“ *Der Spiegel*.

Doch Claas Relotius erzählte meist Märchen, Lügen, Fake News, manche Stories waren sogar komplett frei erfunden. Sprich – viele Geschichten waren mehr oder weniger lediglich ein Produkt seiner Fantasie, denn „darin kamen Menschen vor, die er nie getroffen hatte, Orte, an denen er nie war, Zitate, die niemand gesagt hatte.“ Beispielsweise Geschichten über die Todesstrafe in den USA, über eine „Hinrichtungstouristin“ und Grenzwächter-Milizen an der Grenze Amerikas zu Mexiko, die auf Flüchtlinge schossen, oder über die Anfänge des syrischen Bürgerkriegs – sie waren allesamt so nicht wahr! Vieles erdacht, erfunden, gelogen. Genauso wie verschiedene Zitate, Orte, Szenen und sogar vermeintliche Menschen aus Fleisch und Blut.

Niemandem fielen die Lügen auf, wie die BILD am 19. Dezember 2018 festhielt. All das fabrizierte Claas Relotius nach eigenen Angaben aus „Angst vor dem Scheitern“, je erfolgreicher er wurde. Der Lügenmedien-Skandal um „gefälschte, manipulierte“ Artikel war so enorm, dass der *Spiegel* **nicht nur eine Aufklärungskommission** einberief, sondern sich auch für die falschen Zitate, erfundenen Lebens-Details, erdachten Szenen, fiktiven Orte und sonstigen falschen Zusammenhängen in den Relotius-Artikeln Mitte Dezember 2018 **öffentlich entschuldigte**.

Anfang Januar 2023 gestand Relotius, dass von seinen insgesamt 120 Spiegel-Artikeln und Texten in seiner Journalistenzeit „die allerwenigsten“ korrekt gewesen seien. Er begründete dies mit „Realitätsverlust“ und „psychotischen Störungen.“

Soweit also zum Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, der laut Gründer Rudolf Augstein ein „Sturmgeschütz der Demokratie“ sein soll und sich stets als „Musterbeispiel für seriösen Journalismus“ präsentiert.

Letztlich aber geht es um ein Systemversagen, das in Zeiten der „Lügenpresse“-Vorwürfe durchaus zur Destabilisierung von Demokratie und Pressefreiheit beigetragen hat.

So fragt Sören Kittel in einem Artikel in der *Berliner Zeitung* vom 19. Dezember 2023 zu Recht: „Warum waren zwei von drei Mitgliedern in der Aufarbeitungskommission des *Spiegels* Mitarbeiter des Magazins und wurden während dieser Zeit befördert (...)? Warum ist der damalige *Spiegel*-Chefredakteur Klaus Brinkbäumer MDR-Programmdirektor geworden, ohne

dass es irgendjemand wagt, den Namen Claas Relotius in seine Vita hineinzuschreiben, auch wenn dieser Name dort wirklich hingehört?“ **All das zeigt meines Erachtens den wahren Zustand der bundesdeutschen Journaille und des Vorwurfes der „Lügenpresse.“**

„Corona-Politik“ gegen Minderjährige und mediale Diffamierung von „Ungeimpften“

Durch die Offenlegung der Protokolle des Robert Koch-Instituts (RKI) wurde bekannt, wie infam Politik und Medien bezüglich ihrer Corona-Impfagenda auch und gerade gegen Kinder und Jugendliche vorgingen. Und nicht zu vergessen die unfassbare Diffamierung von sogenannten „Ungeimpften“ ...

In einem RKI-Protokoll vom 19. Mai 2021 wurde ersichtlich, wie radikal Bundesgesundheitsminister Spahn mitunter gegen Kinder vorging. So heißt es dort: „Impfung von Kindern: Auch wenn (von) STIKO (Ständige Impfkommission/GG) **die Impfung für Kinder nicht empfohlen** wird, **BM Spahn plant trotzdem** ein Impfprogramm.“ Zwei Tage später: „Pädiatrische Fachverbände stehen der **Impfung von Kindern zurückhaltend** gegenüber. Politik bereitet bereits Impfkationen vor, damit die entsprechenden Jahrgänge zum Ferienende geimpft sind.“ Es wurden also Kinderimpfungs-Aktionen geplant, obwohl das RKI und somit wohl auch das übergeordnete Bundesgesundheitsministerium (BMG) schon Ende Februar 2020 wussten, dass laut einer großen chinesischen Studie über die Altersverteilung des Corona-Erregers Kinder nur in zwei Prozent aller Fälle betroffen waren. Alle **„ohne Komplikationen“**, wie es im damaligen RKI-Protokoll vom 26. Februar 2020 hieß. „Rolle der Kinder **eher untypisch untergeordnet** (anders als Influenza), mehr Studien müssen erfolgen“, lautete die damalige Erkenntnis.

Keine große Gefahr für Kinder

Kinder waren also generell weder „besonders gefährdet“, noch spielten sie eine „große Rolle“ bei der Corona-Übertragung, wie die Protokolle des Robert-Koch-Instituts dokumentieren. Doch die bundesdeutsche Politik sah das anders. So wurde etwa am 2. Juli 2021 festgestellt, dass die *Amerikanische Akademie für Kinder-heilkunde (American Academy of Peds)* das generelle Maskentragen ab 2 Jahren empfahl, sofern es einen nachvollziehbaren Zusammenhang mit Corona gab. Und, dass das Tragen von Masken auch bei niedrigen Inzidenzen, also bei niedriger Anzahl neu auftretender Erkrankungen, ohne Einschränkung beibehalten und sogar als Basismaßnahme verstanden werden sollte. Deshalb wurde das RKI dazu aufgefordert, **die entsprechende Formulierung „nachzuschärfen.“** Eindeutiger wurde die politische Einmischung im RKI-Protokoll vom 15. Dezember 2021, in dem es hieß, dass aus „ministerieller Seite“ aus eine Booster-Impfung für Kinder angedacht wäre, obwohl dazu „keine Empfehlung und teils keine Zulassung“ bestehe!

Angeführt in diesem Zusammenhang müssen dazu die RKI-Protokolle vom 26. Februar 2020 und 24. April 2020 werden. Darin hieß es, dass Kinder **„keine wichtigen Glieder** in Transmissionsketten“ seien, also bezüglich der Übertragung von Wirt zu Wirt. **Und Schulschließungen hätten „vermutlich keinen großen Einfluss auf die Kontrolle der Epidemie gehabt.“** Ebenso sollte der vorherrschenden Meinung, dass Schulen und Kinder sogenannte „Superspreader“ seien, also viele Mitmenschen anstecken könnten, entgegengetreten werden“ (3. August 2020). Und das Protokoll vom 21. Oktober 2020 verriet, dass zu jener Zeit schon **kritisch über die Maskenpflicht für Grundschüler und die eventuellen Langzeitfolgen diskutiert wurde.**

Kinder als „Angst-Faktor“ waren nie „Pandemie-Treiber“

Trotz alledem machte sich auch der damalige SPD-Gesundheitspolitiker und Spahn-Nachfolger, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, Anfang Juli 2021 für **Kinderimpfungen stark**. Ansonsten würden nach den Sommerferien „neue große Ausbrüche“ drohen.

Selbst gewöhnliche Mediziner schürten Angst vor „ungeimpften“ Kindern, hieß es doch beispielsweise bei einer Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe in einer Kreisstadt in Nordrhein-Westfalen: „Ungeimpfte Kleinkinder und Kinder (als Begleitung) bitten wir **nicht** mit in die Praxis zu bringen!!!“

Eine Schulleiterin in einem Berliner Ortsteil verkündete: „Zum Schuljahr 2022/23 werden wieder zwei 1. Klassen, zwei 7. Klassen und zwei 11. Klassen aufgenommen. Wir können nur Kinder aufnehmen, die einen vollständigen Impfschutz entsprechend der Empfehlungen der Stiko (Ständige Impfkommission des Robert-Koch-Instituts) nachweisen können.“

Dr. med. Lothar Krimmel, Facharzt für Allgemeinmedizin (von 1992 bis 2000 Geschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung) brachte das ganze Desaster auf einen Nenner, **in dem er den Vorwurf erhob, dass man Kinder in Politik und Medien unisono als „Treiber der Pandemie“ verunglimpfte und mit „traumatisierenden Masken jeglicher mimischen Kommunikation“ beraubte. Zudem, dass man einen „unverantwortlichen Bildungsentzug und millionenfache Verwahrlosung und Misshandlung ebenso in Kauf nahm wie eine Explosion kinderpsychiatrischer Erkrankungen und eine faktische Zwangsimpfung mit unabsehbaren Lebenszeitfolgen.“**

Eltern und Kinder sollten zur Corona-Impfung animiert werden

Aber nicht nur Kinder, sondern auch Jugendliche wurden zum Spielball der Corona-Politik. Im RKI-Protokoll vom 14. Juli 2021 steht diesbezüglich zu lesen: „Zielgruppenspezifische Kommunikation. Wer sollte insbesondere adressiert werden? Primär junge Menschen, diese verhalten sich anders. **Es muss cool sein, sich impfen zu lassen.**“

Und am selben Tag: „Zielgruppe jüngere Menschen & Impfung: Z.B. Influencer-Vaccination Challenge auf YouTube (...)“ – gemeint damit waren Impfkationen von Menschen, die durch ihre Aktivitäten in sozialen Medien eine hohe Reichweite erzielen – „viele Aspekte des Themas könnten mit mehr Humor angegangen werden (z.B. **Angst vor Impfnachwirkung thematisieren**). Zum Beispiel hat (Influencer) El Hotzo bei seiner Impfung seine Impfreaktion thematisiert.“

Desaströse Folgen der Corona-Maßnahmen auf Kinderseelen

Letztlich waren und sind die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen noch immer verheerend insbesondere für Kinder und Jugendliche. Eine breit angelegte Studie von Ulrike Ravens-Sieberer, Professorin vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, enthüllte das Desaster schon früh. Dazu wurden vom 26. Mai bis 10. Juni 2020 mehr als 1.000 Kinder und Jugendliche zwischen 11 und 17 Jahren sowie mehr als 1.500 Eltern zu Lebensqualität und Wohlbefinden befragt. Das Ergebnis: **Kinder und Jugendliche kämpften stark mit psychischen und psychosomatischen Problemen.** 71 % von ihnen fühlten sich durch die Corona-Maßnahmen belastet. Zwei Drittel gaben eine verminderte Lebensqualität und ein geringeres psychisches Wohlbefinden an. Das Risiko für psychische Auffälligkeiten stieg von rund 18 % vor Corona auf 31 % während der Krise an. Hinzu kamen: Hyperaktivität (24 %),

emotionale Probleme (21 %), Verhaltensprobleme (19 %) und psychosomatische Beschwerden wie Gereiztheit (54 %), Einschlafprobleme (44 %) oder Kopf- und Bauchschmerzen (40 bzw. 31 %) traten vermehrt auf. Zumindest 30 % erlitten aufgrund der Pandemie durch die darin begründeten Regierungsmaßnahmen und öffentlicher Panikmache posttraumatische Belastungsstörungen.

Unvergessen: So diffamierten Medien die „Ungeimpften“

Auch Journalisten beteiligten sich an der „Corona-Angst- und Panikmacherei“ nicht nur gegen Kinder und Jugendliche, sondern auch und gerade gegen sogenannte „Ungeimpfte.“

Beispielsweise war in der *taz* am 16. November 2021 zu lesen: **„Impfgegner (...) sind Staatsfeinde**, die in voller Absicht an unseliges deutsches demokratiefeindliches Denken und Handeln anknüpfen.“

Am 3. Januar 2022 erklärte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Hart wäre es, **Ungeimpften mit der Kündigung ihres Arbeitsplatzes zu drohen**. Hart, aber fair wäre es, **Ungeimpften die Aufnahme in die Intensivstation zu verweigern**, wenn es dort knapp wird und auch Geimpfte vor der Tür stehen. Nicht ganz so hart wäre es, Ungeimpfte zwar auf der Intensivstation zu behandeln, **ihnen hinterher aber die Kosten für den Klinikaufenthalt in Rechnung zu stellen**; in schweren Fällen bis zu 30.000 Euro oder mehr.“

Am 6. April 2022 verbreitete die *Kulturbühne* (Bayrischer Rundfunk): „Die **Corona-Leugner und Impfgegner** mussten erkennen, sie sind **Eckensteher und Mauerblümchen (...)** **Mit dem Virus leben? Ja! Mit seinen Leugnern? Bloß nicht!**“

Das *Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)* verkündete am 7. April 2022: „Spätestens jetzt muss es darum gehen, welche anderen, rechtlich zulässigen **Druckmittel es für Impfunwillige** gibt, etwa **höhere Krankenkassenbeiträge** oder eine Beteiligung an den Kosten für eine Behandlung auf einer Intensivstation. Das wäre nicht nur gerecht, sondern als tiefer Griff ins Portemonnaie auch effektiv.“

Der *Weser Kurier* gab am 29. August 2022 zum Besten: „Je nach Pandemielage sollte man dann nicht davor zurückschrecken, **Ungeimpfte wieder vor der Tür stehen zu lassen**.“

Juristische Anmerkung: Im Juni 2024 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass es nicht strafbar ist, öffentlich getätigte Zitate der Kampagne gegen Andersdenkende während der Corona-Politik kommentiert zusammenzustellen (Stichwort: „Feindesliste“), was damit nicht „§ 126a Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten“ (Strafgesetzbuch) unterliegt!

Wie Deutschland durch die EU und den Euro „ausgenommen“ wird!

Aufgrund hoher Einzahlungen und Haftungsrisiken ist die EU ein gigantisches „Minusgeschäft“ für Deutschland! Doch darüber zu sprechen, ist „politisch“ inkorrekt und wird von den Europa-Fanatikern tabuisiert. Zeit also, die Öffentlichkeit aufzuklären und Licht ins Dunkel zu bringen!

Beginnen möchte ich mit den wichtigsten finanziellen „Pulverfässern“ für Deutschland in Bezug auf die Europäische Union und die Gemeinschaftswährung Euro.

„Pulverfass“ Europäische Investitionsbank

Die Europäische Investitionsbank (EIB) mit Sitz in Luxemburg, die „Hausbank“ der EU und größte multilaterale Förderbank der Welt (ihre Bilanzsumme entspricht 550 Milliarden Euro), vergibt Darlehen für die Finanzierung von Projekten, mit denen die Ziele der EU innerhalb und außerhalb der Union verwirklicht werden. Dabei werden etwa 90 Prozent der Darlehen innerhalb der EU vergeben.

Das Kapital der Bank stammt nicht aus dem EU-Haushalt, sondern finanziert sich hauptsächlich durch Anleiheemissionen auf den internationalen Kapitalmärkten. **Anteilseigner sind die 27 EU-Mitgliedstaaten**, deren Anteile am Bankkapital gemäß dem wirtschaftlichen Gleichgewicht des jeweiligen Landes – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), misst die Produktion von Waren und Dienstleistungen im Inland nach Abzug aller Vorleistungen) – zum EU-Beitritt ermittelt wird.

Deutschland hat seit 2020 über 4 Milliarden Euro Kapital (konkret: 4.167.287.407 Euro) **einbezahlt**. Im Juni 2024 warnte der **Bundesrechnungshof** in einem 35-seitigen Sonderbericht davor, dass die EIB ihr Geschäftsfeld immer mehr vergrößere. **Dadurch würden die Haftungsrisiken für die EU-Mitgliedstaaten und somit für die Steuerzahler enorm anwachsen**. Macht die EIB Verluste, die sie nicht aus dem eingezahlten Kapital und den Reserven decken kann, müssten die EU-Mitgliedstaaten bluten. **Dann steht Deutschland mit sage und schreibe 46,7 Milliarden Euro für Kreditausfälle gerade**. 1990 lag der Haftungsbetrag bei 5,5 Milliarden Euro. Heute sind es also achtmal mehr!

Laut dem Bundesrechnungshof fehlt es der EIB an Unabhängigkeit, ausreichenden autonomen Kompetenzen, Einheitlichkeit und Durchsetzungskraft. „Das Schutzniveau ist – gemessen an den gestiegenen Haftungsrisiken für den Bundeshaushalt – zu gering“, heißt es dort.

„Darüber hinaus können aber auch große gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Schäden durch Finanzmarktkrisen entstehen, wenn Banken eingegangene Risiken nicht mehr beherrschen.“

„Pulverfass“ Europäischer Stabilitätsmechanismus

Hinzu kommen unter anderem auch für Deutschland Haftungen zum europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) hinzu, der EU-Mitgliedstaaten in finanziellen Schwierigkeiten helfen soll. **Und zwar in Höhe von 26,7 Prozent, was rund 21,7 Milliarden Euro an eingezahltem und rund 167,8 Milliarden Euro an abrufbarem Kapital bedeutet.**

„Pulverfass“ Target-Schulden

Nicht zu vergessen die Target-Schulden der Krisenländer, die das Risiko des Euro-Systems verkörpern: Target (*Transeuropäisches automatisiertes Realzeit-Brutto-Zahlungs-Express-Transfersystem (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System)*) ist der Name eines internen Zahlungsverkehrssystems der EZB, über das die internationalen Zahlungen zwischen Banken in der Euro-Zone abgewickelt werden. Dabei handelt es sich um überbordende Geldüberweisungen vom Süden in den Norden des Euro-Raums. Target-Salden entstehen, weil die EZB es den Banken und den Kunden in den südlichen Ländern ermöglicht, sich mit immer schlechter werdenden Sicherheiten immer mehr

Geld von ihren Notenbanken zu leihen, um damit in den nördlichen Ländern Güter zu kaufen, Schulden zu tilgen oder Investitionen zu tätigen.

Bei der Deutschen Bundesbank haben sich grenzüberschreitende Forderungen **von über einer Billion Euro** (konkret: 1.048.437.598.183,00 Euro (Stand 31. Juli 2024)) gegenüber den Zentralbanken anderer EU-Staaten angehäuft. 2007 waren es lediglich 70 Milliarden Euro. Im Mai 2024 wiesen beispielsweise folgende Länder einen negativen Target2-Saldo auf und damit Verbindlichkeiten gegenüber anderen Zentralbanken: Spanien 441,19 Mrd Euro, Italien 439,1 Mrd Euro, Euro Frankreich 145,29 Mrd Euro, Griechenland 113,04 Mrd Euro, Österreich 58,41 Mrd Euro, Portugal 46,16 Mrd Euro, Slowakei 6,72 Mrd. Euro, Lettland 6,13 Mrd. Euro.

„Wenn die Schuldner aber nicht zahlen können, wollen oder müssen, werden Deutschlands Target-Forderungen ausgehöhlt, wenn nicht vernichtet“, warnte bereits 2018 der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn hinsichtlich des Target-Risikos bei fortbestehendem Euro. **Beim Zerschlagen des Euros müsste die Bundesbank diese Forderungen abschreiben. Damit ist sie der weitaus größte Nettogläubiger des EZB-Systems, obwohl sie nur 26 Prozent des EZB-Kapitals hält.**

Der Publizist Klaus-Rüdiger Mai brachte es im Juni 2024 auf den Punkt: „Im Februar 2024 betrug die Target Salden für Deutschland rund 1000 Milliarden Euro, also eine Billion Euro, die von Frankreich hingegen – 170 Milliarden Euro und die von Italien – 466 Milliarden Euro. D. h. würde Deutschland aus dem Euro aussteigen, **würden sich 1000 Milliarden Euro in Luft auflösen**, hinzu kämen die Anlagen der deutschen Pensions- und Rentenfonds in Südeuropa, man spricht konservativ geschätzt von einem satten Drittel. Deshalb würde der Ausstieg aus dem Euro ein langfristiger Prozess sein, den man vorantreiben muss, ohne darüber zu reden.“

Auch das „EU-Minusgeschäft“ wird nicht gerne thematisiert

Hiesige Politiker und Systemmedien gehen beständig damit hausieren, wie toll und super die EU für Deutschland ist. Abgesehen davon, dass aus Brüssel immer mehr Gesetze „diktiert“ werden und Einzug in die nationalen Parlamente der Mitgliedsländer finden oder diese gar aushebeln, **ist das EU-Projekt ein gewaltiges Minusgeschäft für Berlin.** Allerdings wird das ebenfalls unter dem Deckel gehalten, dabei sprechen die nackten Zahlen eine eindeutige Sprache: **So hat Deutschland 2023 rund 17,4 Milliarden Euro mehr in den EU-Haushalt eingezahlt, als es erhielt.** Damit mutiert das Land zum größten Nettozahler der EU, an dessen Tropf viele andere hängen.

EU kein „Erfolgsprojekt“

Es gab und gibt auch zahlreiche negative Auswirkungen der europäischen, politischen Krake auf die einzelnen Mitgliedsstaaten. Einige davon habe ich bereits erwähnt.

Wie krank aber die Euro-Zone mit ihrer viel bejubelten Euro-Ökonomie tatsächlich war – mit Folgen bis heute – zeigen mediale Schlaglichter (Titelüberschriften in Zeitungen etc.) aus dem Jahr 2012. Also mitten in der Eurokrise. Einige davon habe ich nachfolgend zusammengetragen:

EU-Mitgliedsland **Deutschland:**

- „Wirtschaftsweise halbieren Wachstumsprognose für 2013;
- „Inflation schnell nach oben“;
- Von der Leyen warnt vor höherem Armutsrisiko.“

EU-Mitgliedsland **Belgien:**

- „Belgiens Regierung vereinbart Sparhaushalt.“

EU-Mitgliedsland **Finnland:**

- „Finnland wankt“;
- „Finnland rutscht in die Rezession.“

EU-Mitgliedsland **Frankreich:**

- „Euro-Retter sorgen sich um Frankreich“;
- „Riskante Rettung in Frankreich“;
- „Frankreich verliert Spitzenrating bei Moody’s.“

EU-Mitgliedsland **Griechenland:**

- „Arbeitslosigkeit in Griechenland auf Rekordniveau gestiegen“;
- „23 Prozent der Griechen sind arm.“

EU-Mitgliedsland **Irland:**

- „Iren hoffen auf Erlass ihrer Schulden“;
- „Irlands Wirtschaft stagniert“;
- „Eurokrise: Irland schnallt den Gürtel noch enger.“

EU-Mitgliedsland **Island:**

- „Rutschgefahr.“

EU-Mitgliedsland **Spanien:**

- „Spanien ist schlimmer dran als Mali“;
- „Bald ein Drittel der Spanier arbeitslos“;
- Spaniens Schulden um Rekordbetrag gestiegen.“

EU-Mitgliedsland **Tschechien:**

- „Tschechien spart sich in die Rezession“;
- Tschechiens Glanz verblasst.“

EU-Mitgliedsland **Italien:**

- „Italiens Schuldenberg ist noch größer als gedacht“;
- Italien rutscht tiefer in Rezession“;
- „Italiens Wahl-Chaos lässt die Eurokrise wieder auflodern.“

EU-Mitgliedsland **Österreich:**

- „Österreichs Banken fehlt Geld.“

EU-Mitgliedsland **Polen:**

- „Auch Polen hält EU-Vorgaben nicht ein.“

EU-Mitgliedsland **Portugal:**

- „Portugal mit dem Rücken zur Wand;
- „Neue Front in Eurokrise: Portugal ist im 'Schockzustand“;
- „Portugals Finanzminister warnt vor ‚Diktatur der Schulden’.“

EU-Mitgliedsland **Rumänien:**

- „Rumänien muss länger auf Hilfgelder warten.“

EU-Mitgliedsland **Schweden:**

- „Schweden kühlt deutlich ab.“

EU-Mitgliedsland **Slowenien:**

- „Slowenien befürchtet Staatspleite“;
- „Slowenien ist Kandidat Nummer 6 für den Rettungsschirm.“

EU-Mitgliedsland **Ungarn:**

- „Ungarn hofft auf Milliardenhilfen von EU und IWF“;
- „IWF soll Ungarn helfen.“

EU-Mitgliedsland **Zypern:**

- „Neuer Gefahrenherd Zypern“;
- „Zypern beantragt ESM-Hilfe“;
- „Die Enteignung zyprischer Sparer ist fatal.“

All das ist herkömmlich vergessen, aber zeigt noch immer das ganze Desaster der Gemeinschaftswährung Euro und der Europäischen Union auf. **Der große Verlierer dieser unfassbaren Krise war wieder einmal der „kleine Mann!“**

Aufgrund der beschriebenen gigantischen Haftungsrisiken steht jeder EU-Mitgliedsstaat erneut mit dem Rücken zur Wand, sobald eines der aufgezeigten „Pulverfässer“ explodiert. **Insbesondere aber Deutschland!**

Verehrte Leser,

das sollte für heute genügen. Sie können mir gerne Ihre Meinung zu den Themen des Berliner Briefes (und natürlich auch zu anderen Themen) mitteilen:

Schreiben Sie mir (Guido Grandt) über: Die Deutschen Konservativen e. V., Beethovenstr. 60, 22083 Hamburg. Oder an: guidograndt@web.de oder info@konservative.de

Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen besinnliche Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Möge 2025 voller Glück, Gesundheit und Frieden für Sie sein!

Ihr Guido Grandt

„Investigativ & hautnah dabei“ – Guido Grandt



Guido Grandt, geboren 1963, ist freier Journalist, Publizist, TV-Produzent/TV-Redakteur und Dozent. Er hat zahlreiche Filmbeiträge für private, öffentlich-rechtliche und ausländische TV-Sender recherchiert, gedreht und produziert (teilweise mit Co-Autoren).

Durch die Aufklärungsarbeit im Bereich des Ritualen Kindesmissbrauchs wurde er vom damaligen thüringischen Justizminister empfangen und auch ins sächsische Innenministerium eingeladen. Guido Grandt war meistens „hautnah“ in den verschiedenen „Szenen“ dabei, was seine (investigativen) Undercover-Recherchen belegen. Der Dokumentarfilm „Höllenneben“, den er recherchierte, wurde 2002 für den höchsten deutschen Fernsehpreis, den Adolf Grimme-Preis nominiert.

Guido Grandt schreibt auch für alternative TV-Sender Texte für Film-Einspieler. Zu seinen Filmen und Recherchen hat Guido Grandt bislang über 40 Sachbücher verfasst. Ferner schrieb Guido Grandt diverse Artikel für die renommierte Schweizer Wochenzeitung *Der Sonntag*, sowie für *20 Min.ch*, *Bild*, *Bild der Frau*, *Stern*, *Sonntag aktuell*, *Stuttgarter Nachrichten*, *Profil*, *Stimme Russlands*, *Wochenblick*, *Deutschland-Magazin* etc. und sonstige Onlinemedien.

Guido Grandt beschäftigt sich neben Recherchen zu den oben genannten Themen auch mit aktuellen Politik- Wirtschafts-, Finanz-, Militär- und Sicherheitsthemen, insbesondere hinsichtlich der verschwiegene Hintergründe. Dazu verfasste er für große deutsche Verlage tägliche Politik-, Finanz- und Wirtschaftsnewsletter sowie einen Sicherheitsratgeber. Auf seinem eigenen Blog (guidograndt.de) veröffentlicht er kritische Artikel zu seinen Recherchen. Ferner wurde *Guido Grandt* als Experte zu den oben genannten Themen zu den verschiedensten Talk-Shows eingeladen und hält Vorträge, Lesungen und Seminare an verschiedenen Weiterbildungsinstituten und anderen Einrichtungen.

Herausgegeben von:

Die Deutschen Konservativen e.V.

Beethovenstraße 60 - 22083 Hamburg
Tel.: 040 - 299 44 01 / Fax: 040 - 299 44 60
info@konservative.de

**DEUTSCHLAND
magazin**

